

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.35 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 M. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13000.

Inserate kosten die 7spaltige Feilzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvoorschritt 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Laufend, bei Zellaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Postfachkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Lage unverändert.

Wie die heutige Neue Zeit Marx ehrte.

Von R. Kautsky.

Das wissenschaftliche Zentralorgan der alten Sozialdemokratie hätte natürlich auch seine Marxnummer. Und ebenso natürlich ist es, daß in ihr der neue Marxismus der Umstürzler als seine höhere Form gepriesen wird, durch die der Marxismus „nicht nur in der sozialdemokratischen Partei, sondern auch in Gelehrtenkreisen eine neue Blüte erleben wird“, im Gegensatz zu dem alten „Vulgärmarxismus“, dem keinerlei Anerkennung in den Kreisen der bürgerlichen Gelehrten vom Schlage der Menge winkt.

Die Marxnummer zeigt uns aber auch gleich, welche Früchte der „neuen Blüte“ des „sozialhistorisch-kritischen Marxismus“, wie er sich nennt, zu entspringen vermögen. Ein Artikel dieser Nummer von E. Drahn handelt von dem Feuilleton der Neuen Rheinischen Zeitung, jenem „Organ der Demokratie“, das Marx während der Revolutionszeit 1848/49 in Köln herausgab. Mit Recht wird in dem Artikel vor dem von Georg Weerth gesprochen, dem glänzendsten Feuilletonisten der Neuen Rheinischen Zeitung und seiner Feuilletonserie, „Leben und Taten des berühmten Ritter Schnapphanski“, deren Marx und Engels noch in alten Tagen mit vergnügter Begierde geleuchtet. Es war eine satirische Biographie des Fürsten Felix Lichnowski, der dort als moralisch wie finanziell bankrotter Junker gebrandmarkt wurde, als ein skrupelloser Abenteuerer, nicht minder arm an Geist als am Beutel; als ein ebenso verächtliches wie lächerliches Subjekt. Dieser edle Ritter wollte nach mannigfachen Weibergeschichten und Hochstapeleien auch einmal „einen Posten im diplomatischen Korps erobern“. Herr von Schnapphanski besann sich daher, ob er außer seinen gefunden Lenden und außer seinem bewunderungswürdigen Schnurrbart nicht auch noch einige andre vorteilhafte Eigenschaften und namentlich so viel Größe besäße, als man im schlimmsten Falle einem diplomatischen Kandidaten zutrauen möchte. Nachdem er sich mehrere Tage lang den Kopf darüber zerbrochen hatte, fand er endlich, daß die heutige Wissenschaft leider keinen besonderen Stapelplatz für ihre Schätze darin angelegt hatte. Sein Schädel war klar und durchsichtig wie eine Flasche Wasser, und auf der kalten Almburger Heide seines Gedächtnisses tummelte sich freilich manche galante Erinnerung herum, aber leider nichts von alledem, was die Natur dem Menschen zu erobern übriggelassen hat. Mit jener lebenswürdigen Freiheit, die einem Mann von Adel eigenförmlich ist, griff unser Ritter daher in den großen Haufen der bürgerlichen Kanakken, in die Reihen jener Latztiere der Kunst und Wissenschaft, die die imaginären Goldklumpen ihres Geldes hin und wieder in das preußische Kurant der Wirklichkeit zu verwechseln pflegen. Mit einem Worte, der Studiosus K—r war so gefällig, der unsterblichen Seele des Ritters mit einigen Probearbeiten zu Hilfe zu kommen, die sofort an den gehörigen Ort weiterbefördert wurden und natürlich für die enormen Kenntnisse des Ritters den unzweideutigen Beweis lieferten.“ (Neue Rhein. Zeitung 11. August 1848).

Dieses Pröbchen genügt, zu zeigen, in welchem Lichte Lichnowski in Weerths Schilderung erschien. Da kann man ermessen, was der Verfasser des Gedankartikels für die Neue Rheinische Zeitung in der Neuen Zeit sagen will, wenn er bemerkt:

„Propheetisch schließt Weerth die Arbeit mit einer kurzen Nachbemerkung in Nr. 249: „Schnapphanski lebt und nimmer wird er sterben. Rein. Schnapphanski ist unsterblich. Fast scheint es, daß er die großen Leistungen des Nachfahren seines Schnapphanski, des jetzt vielgenannten deutschen Volkskämpfers in London und Verfassers des berühmten Opus „Meine Londoner Mission 1912 bis 1914“ vorausgeahnt hat. Sicherlich haben beide, der alte und der neue Schnapphanski, viel Boshafteverwandtes; doch die Geschichte, die sich so gern kleine boshafte Treppenhöhe gestattet, hat auch in diesem Falle sich ein seltsames Wechselspiel geleistet. Wurde einst dem todwunden Fürsten Felix Maria ein ruhiges Sterben in der Villa eines Bethmann zu Frankfurt a. M. verweigert, so hat dafür sein Nachfolger durch einen andern Bethmann wohlwollend Aufnahme im deutschen Botschafterpalais in London gefunden, um aller Welt die Fähigkeit der deutschen Diplomatie zu beweisen.“

Sicherlich betrachtete sich Drahn als „Nachfahre“ Weerths und die heutige Neue Zeit als Nachfahren der Neuen Rheinischen Zeitung, als er sich den „kleinen boshafsten Treppenhöhe“ gestattete“, den heutigen Fürsten Karl mit Felix Lichnowski auf eine Stufe zu stellen und ihn den „neuen Schnapphanski“ zu nennen.

Indes das „seltsame Wechselspiel“ der Geschichte beschränkt sich doch nicht auf den kleinen Unterschied, daß der spätere Bethmann sich dem heutigen Lichnowski gegenüber gelegentlich angenehmer erwies, als der Bethmann von 1848 dem damaligen Lichnowski.

Warum griff diesen die Neue Rheinische Zeitung so scharf und oft an? Weil er ein unwissender, charakterloser Hochstapler war? Das wäre doch kein Grund gewesen, ihn so sehr zu beachten. Nein, Felix Lichnowski war einer der erbittertesten Gegner der Revolution, als Mitglied des Preussischen Herrenhauses wie der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, einer der Vorkämpfer der Gegenrevolution. Dafür erfreute er sich der Gunst der höchsten Kreise.

Die Art seines Todes kennzeichnet den schroffen Gegensatz, der zwischen ihm und den Revolutionären bestand.

Am 17. September fand in Frankfurt ein heftiger Barrikadenkampf statt. Eine Episode dabei war der Fall Lichnowski. Darüber berichtete nach den Mitteilungen eines verlässlichen Augenzeugen ein Frankfurter Korrespondent der Neuen Rheinischen Zeitung in der Nummer vom 26. September:

„Beide, Lichnowski und Auerswald (preussischer General), ritten während des heftigsten Kampfes aus dem Friedberger Lore, um die heranziehende heftige Artillerie zur Beschleunigung ihres Anmarsches anzutreiben; bei einem Haufen Turner vorüberkommend, rief Lichnowski: „Wartet nur, ihr seid gut genug für Kanonenfutter“ und schob mit seinem Stokbege theatralisch in der Luft herum. Nach diesen Worten und Gebärden erst wurde auf ihn und seinen Genossen geschossen.“

Sie flüchteten, und fast hätte man Lichnowski laufen lassen, wenn dieser nicht den unglückseligen Einfall gehabt hätte, einem der Insurgenten, die ihn stellten, sein Gewehr zu entreißen. Nun wurde er durch einige Schüsse zu Boden gestreckt.

Das war der Mann, gegen den die Neue Rheinische Zeitung mit den schärfsten Waffen ihres Wihes zu Felde gezogen war.

Das „seltsame Wechselspiel“ der „kleinen, boshafsten Wechselspiele der Geschichte“ will nun, daß wohl der heutige Fürst Lichnowski auch Mitglied des Herrenhauses ist, wie sein Vorfahre, daß aber eben jetzt seine Ausstoßung aus dieser erlauchten Körperschaft beantragt ist, in der ehemals Fürst Felix Maria sich des größten Ansehens erfreute. Und der heutige Fürst ist augenblicklich durchaus nicht der Liebling der höchsten Kreise, sondern steht bei ihnen in größter Mißgunst. Die Regierung bereitet eine Anklage gegen ihn vor.

Wer sich in einer solchen Lage befindet und sich vor der Öffentlichkeit nicht verteidigen kann, darf sicher sein, daß ihn auch seine erbittertesten Gegner ohne Not nicht persönlich angreifen werden, soweit sie sich wenigstens eine Spur sittlichen Takttes bewahrt haben. Ueberdies ist aber keine einzige Tatsache bekannt geworden, die einen Schatten auf die persönliche Ehrenhaftigkeit des jetzigen Fürsten Lichnowski werfen würde. Selbst seine schärfsten Kritiker klagen ihn nur der Eitelkeit und Empfindlichkeit an. In persönlichen Verdächtigungen und Beschimpfungen über die bürgerlichen Gegner des angeklagten Fürsten hinauszuweisen, blieb den sozialistischen Blockbrüdern vorbehalten. Scheidemann ist im Reichstag damit vorangegangen, unendlich vulgärer übertrumpft ihn jetzt das Zentralorgan des Kampfes gegen den „Vulgärmarxismus“.

Aber freilich, wenn Fürst Karl Lichnowski von der heutigen alten Sozialdemokratie ebenso schonungslos an den Pranger gestellt wird, wie 1848 Fürst Felix Lichnowski von der Neuen Rheinischen Zeitung, so hat das seinen guten Grund. Fürst Felix war der erbitterteste Gegner der Revolution, Fürst Karl ist der Regierung unbedeuten geworden. Was für Marx die Gegner der Revolution waren, sind für die heutigen Regierungssozialisten die Gegner der Regierung geworden — der Feind, den sie am meisten hassen. Und daß sie bei der Verteidigung der Regierung Waffen anwenden, vor denen diese selbst zurückschreien, darf nicht wundernehmen.

bernehmen. Lataien sind in der Verteidigung ihrer Herrschaften immer widerloser als diese selbst.

In diesem Zeichen wurde Karl Marx in der jetzigen Neuen Zeit geehrt.

B. z.

Der Antrag Roesicke und die Verbraucher.

Der Verbrauchswirtschaft im Kriege entnehmen wir folgende Ausführungen:

Gerade der Augenblick, wo die Notwendigkeit der Verfürgung der Brotmenge allen Verbrauchern gezeigt hat, daß die Reichsgüterbestände ihren ursprünglichen Verfürgungsplan nicht bis zum Schluß des Erntejahres durchführen kann, wird von den Agrariern als der geeignetste angesehen, für die gänzliche Umgestaltung unserer Kriegswirtschaft einzutreten.

Für alle diejenigen Verbraucher, die nicht teilhaben an großen Kriegsgewinnen, muß die Durchführung der Roesicke'schen Anträge katastrophal wirken, denn es kann gar kein Zweifel bestehen darüber, daß die agrarischen Wünsche auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Einführung der jetzt geltenden Schleichhandelspreise als normale, als „legitime“ Handelspreise. Und um die minderbemittelten Kreise nicht völlig in Not und Sorge versinken zu lassen, sollen die Städte durch Zuschüsse für diese Bevölkerungskreise die Preise für Milch und Kartoffeln erschwänglich gestalten, d. h. auf Kosten der Allgemeinheit sollen den Erzeugern und Händlern die ersetzten Phantastpreise gewährt werden.

Es ist ein Märchen, daß in den Schleichhandelspreisen eine Risikoprämie enthalten sei für die mit dem Schleichhandel verbundenen Gefahren für den Verkäufer. In den meisten Fällen ist ja doch beim Gefäßwerden der Käufer der Heringsfallene, der Ware und Kaufpreis los wird, sobald das „Auge des Gesetzes“ von seiner Überbetretung etwas sieht. Die Schleichhandelspreise haben deshalb die schwindelhafte Höhe erreicht, weil die Nachfrage das Angebot bei weitem übertrifft und weil der Mangel notgedrungen einen Teil der Bevölkerung zu Zugeständnissen an Erzeuger und Händler bereitgemacht hat.

Recht interessant ist, wie ein Herr Hellmut Böttcher seine Unterschiede zwischen Schleichhandelspreisen, Erzeugern und Händlern zu machen weiß: „Erhöhte Strafen bewirken stets ein Hinansteigen der Lebensmittelpreise — aber kein Verschwinden des Schleichhandels, es wenden sich ihm immer nur zweifelhaftere Elemente zu, denen es schließlich nichts ausmacht, wenn sie wieder einmal ins Gefängnis oder ins Zuchthaus wandern, die den Ruf des ehrlichen, ehrlichen Handels für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens untergraben. (In Berlin dürften sich gegenwärtig etwa 2000 ehemalige Zuchthäuser frei herumbewegen) ... Strafen mühen und werden weiter verjagen, weil der Schleichhandel — leider — eine volkswirtschaftliche Funktion verrichtet. Diese Funktion besteht darin, daß er Waren, die von der öffentlichen Hand nicht erfaßt werden können und ohne ihn der Gesamtheit verloren gingen, an die Verbraucher bringt. Von zahlreichen Landteuten ist bekundet worden, daß ihnen etwa der siebente Teil der Ernte gestohlen wird, ehe sie heringebracht werden kann. Hinterher wird bei allen öffentlichen Aufbewahrungs- und Verteilungsstellen noch mindestens zweimal soviel gestohlen. Wo bleibt das? Meist im Schleichhandel. Das ist der Kanal, der das Gestohlene ableitet, auf dem aber auch manches von den Landwirten durch gute Aufbewahrung der Volkswirtschaft erspartes an die Verbraucher geht.“ (Deutsche Handelswoche Nr. 5.) Also drei Siebentel der gestohlenen Erträge müssen nach Herrn Böttchers Auffassung gestohlen werden, und nur darum ist der Schleichhandel eine dankenswerte Einrichtung, weil er dieses Gestohlene gut zu erfassen weiß — kann man nicht ebenso gut umgekehrt schließen: Weil der Schleichhandel an den hohen Preisen Geschmack gefunden hat, stiftet er weite Kreise zum Stehlen und Veruntreuen von Ware an? Und warum kann der Landwirt das durch „gute Aufbewahrung erspart“ nicht den staatlichen Sammel- und Verteilungsstellen anvertrauen? Sollte da der Preis nicht auch eine kleine Rolle spielen?

Alles Drumherumgerede der Erzeuger wie der Händler täuscht über die wahren Ursachen ihrer schrankenlosen Freiheitsgelüste nicht hinweg. Die Preise, die bereits für einen großen Teil der Produkte das Vielfache des Friedenspreises betragen (Milch, Eier, Butter, Kartoffeln, Zucker, Gemüse, Obst) sind ihnen immer noch nicht hoch genug. Nicht das

Interesse an der allgemeinen Versorgung, sondern das Eigeninteresse diktiert ihre Eingaben und Anträge. Und hoffentlich bleibt Herr von Baslow hart gegenüber den Forderungen, und läßt sich auf keine Zugeständnisse ein.

Man darf ja nicht einmal mehr von einem Experiment reden, da man in Oesterreich-Ungarn und im besetzten Polen bereits Erfahrungen mit dem freien Handel gemacht hat. Und diese Erfahrungen sind wahrlich nicht ermutigend, sie sind vielmehr geeignet, vor einem Aufgeben des bisherigen Systems der Zwangswirtschaft, dessen Mängel auch der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen nie gezeugnet hat, zu warnen. Solange der Krieg und die durch ihn geschaffenen wirtschaftlichen Umstände fortbauern, ist die Zwangswirtschaft eben das kleinere Übel.

Russland und Rumänien.

Das Organ der linken Sozialrevolutionäre Smamja Truda veröffentlicht in seiner Nummer vom 10. April eine Unterredung mit dem rumänischen Genossen R. Kowalsky, der jetzt an der Spitze der russischen Delegation die Friedensverhandlungen mit der Ukraine leitet. Dieser Bericht enthält eine Reihe interessanter, hier wenig bekannter Daten aus der Vorgeschichte des russisch-rumänischen Konflikts, der sich in der letzten Zeit, angesichts der immer deutlicher hervortretenden Ansprüche Rumäniens auf Besarabien, mehr und mehr zuspitzt und einen neuen Krisenherd im nahen Osten geschaffen hat. Nach den Angaben Kowalskys liefern die Geheimdokumente des russischen Ministeriums des Äußeren den schlüssigen Beweis dafür, daß die rumänische Regierung schon zur Zeit Kerenskys sich rüstete, Besarabien an sich zu reißen. Am Dezember v. J. schien der Augenblick zur Verwirklichung dieses Planes gekommen: die rumänische Armee marschierte in Besarabien ein, während die rumänische Diplomatie den Konflikt zwischen der Entente-Diplomatie und der bolschewistischen Regierung auszunutzen suchte, um die Zustimmung der Entente zur Annexion Besarabiens zu erlangen. Der Ausschlag in der Ukraine und der zwischen den Mittelmächten und der kleineren Mada abgeschlossene Frieden führte eine plötzliche Schwendung in der Politik Rumäniens herbei. Die rumänische Regierung schien damals nicht abgeneigt, sich mit Rußland zu verständigen und nach Rückerstattung Rumäniens alle ihre militärischen Kräfte auf russischen Boden zu sammeln. Um diese Zeit kam der bekannte Vertrag zwischen Rumänien und den Vertretern der Sowjetregierung zustande, wonach Besarabien von rumänischen Truppen geräumt werden sollte. Bald danach trat aber in der rumänischen Politik eine neue Schwendung ein. Die Regierung General Averescus machte dem Rumänien Marghilomans Vlag, daß die aggressive Politik gegenüber Besarabien mit verstärkter Energie wieder aufnahm.

Diese Politik, die durchaus den Wünschen der rumänischen Großgrundbesitzer entsprach, fand Unterstützung bei den Vertretern der Mittelmächte. So wurde mindestens jener Passus der Rede Cernins aufgefahst, in dem dieser erklärte, die Zukunft Rumäniens liege im Osten und die Bevölkerung Besarabiens stehe auf der Seite Rumäniens.

In Wirklichkeit hegt die Bevölkerung Besarabiens, die zum größten Teil aus Bauern besteht, eine heftige Abneigung gegen den Anschluß an Rumänien. Diese Abneigung wurzelt vor allem in dem sozialen Gegensatz zwischen dem von allen Lasten befreiten Bauern, dessen Streben nach Land und Freiheit in der Revolution Erfüllung fand, und der rumänischen Herrschaft, die nun, im Verbunde mit den russischen Junkern, auch in Besarabien ihre Feudalherrschaft aufzurichten will. Der Bauernkongreß in Kischinew hat einstimmig gegen die rumänische Okkupation protestiert, und die Bewegung gegen die Angliederung Besarabiens an Rumänien ist so stark, daß auch die besarabische Landesregierung, die früher den rumänischen Einmarsch begrüßte, sich diesem Protest angeschlossen hat.

Auf der Bildsäule erschienen, um die Annexionen der rumänischen Besatzungen zu unterstützen. In den Odesaer Zeitungen konnte schon am 28. März die Zusammenfassung dieses „Landtages“ angegeben werden. Er besteht zum größten Teil aus Mitgliedern einer Delegation besarabischer Großgrundbesitzer, die sich nach Rumänien begeben hatte, um bei der dortigen Regierung gegen die besarabischen Bauern Hilfe zu suchen. An der Spitze dieser Delegation standen die „Estrussen“ Starnino, Semigradow, Klawtsche, Stamerow, Jermolin und andere Freunde der verhafteten Pogromisten Krikschewer und Purtschewitsch. Diese Leute üben nun, angeblich im Namen des Volkes, die „Selbstbestimmung“ der Bevölkerung Besarabiens aus.

Ueberflüssig zu sagen, daß die Herrschaft dieser Leute keinen Boden im Lande hat und sich nur mit Hilfe fremder Bajonette halten kann. Hierzu kommen noch die Konflikte mit der Ukraine und Großrußland, wenn die Annexionenwünsche der rumänischen Oligarchie Erfüllung finden. Die sozialen und nationalen Konflikte und Meinungen würden aus der besarabischen Ecke einen nie verliegenden Brandherd im Osten machen. A. S. (3.)

Die Lage im Osten.

Russischer Protest gegen England.

Stockholm, 5. Juni. Nach Blättermeldungen aus Moskau richtete Tschirkow an Pochart, den diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Petersburg, einen scharfen Protest gegen die neuerdings wieder aufgenommene Zwangsaushebung russischer Unterthanen für die englische Armee. Die Protestnote betont, daß die britische Regierung bei dieser widerrechtlichen Maßnahme im Einverständnis mit den Vertretern der alten russischen Regierung handelt, welche schon lange nicht mehr besteht und heute nur noch die Frieschtruppe der gegenrevolutionären Bewegung ist. Die Grundzüge und die politische Lage der russischen Sowjetrepublik verlangen absolute Neutralität im Weltkrieg. (W. Z. B.)

Eine reaktionäre Verschwörung aufgedeckt.

Moskau, 31. Mai. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Der russische Sowjetregierung war es seit einiger Zeit bekannt, daß Mitglieder reaktionärer Parteien verschiedenen Richtungen versuchen, die Macht und das Ansehen der Sowjetregierung zu untergraben. Es ist jetzt gelungen, die Verschwörung aufzudecken und die Rädelsführer zu verhaften. Dabei wurde festgestellt, daß die Leiter der Bewegung in London sitzen, von wo aus sie zu verschiedenen Agenten der Ententemächte in Moskau rege Beziehungen unterhalten haben. Der Zustand der tschecho-slowakischen Beziehungen in Tschechien, Polen, Omsk und Ufa und die bereits unterbrochenen Beziehungen in Saratow fanden in ursächlichem Zusammenhang mit der nunmehr aufgedeckten Verschwörung. Die Sowjetregierung hat es mit Rücksicht auf diese gegenrevolutionäre Bewegung für notwendig gehalten, über Moskau den Kriegszustand zu verhängen. Die reaktionären Zeitungen wurden wegen Verbreitung falscher und provokatorischer Nachrichten verboten. Unter anderem war von diesen Blättern die blödsinnige Nachricht verbreitet worden, die Sowjetregierung übergebe gegenwärtig die Sibirische Eisenbahn mit allen Anlagen und allem Material an Deutschland.

Die Konterrevolution in Sibirien.

Siew, 2. Juni. Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen Sibirischen Republik in Ocharbin ihre Tätigkeit begonnen hat. In der ersten Kabinettsitzung wurde über Maßnahmen zur Liquidation der Sowjetregierung im fernem Osten beraten. Admiral Koltschak wies

darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da die neue Regierung auf Anregung Amerikas gebildet wurde. Istrugow als Innenminister erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Die neue sibirische Regierung hat beschlossen, Nordamerika um Unterstützung zu bitten. (W. Z. B.)

Die irische Frage.

Freiwillige Rekrutierung in Irland.

London, 3. Juni. (Neuter.) Der Lordlieutenant von Irland und der Generalgouverneur von Irland haben folgende Proklamation erlassen: Unserm Versprechen gemäß machen wir jetzt einen Vorschlag, der im Falle des Erfolges erzielt wird, daß Irland in dem Kampfe um die Freiheit seine Rolle in vollen Umfang und ohne Zwang spielen wird. Unser Vorschlag geht dahin,

erstens, daß Irland freiwillig eine Zahl von Männern liefert, die zu den Leistungen der übrigen Teile des Reiches in angemessenem Verhältnis steht.

Zweitens: Um dies Verhältnis zu fixieren, kann man mit Billigkeit von Irland verlangen, daß es bis zum 1. Oktober 50 000 Mann aufstellt, um die irischen Divisionen im Felde auszufüllen, und danach monatlich 2000 bis 3000 Rekruten, um die Kopfstärke dieser Divisionen aufrechtzuerhalten.

Drittens: Wir wünschen es jedem mann deutlich zu machen, daß nicht die Absicht besteht, die landwirtschaftlichen Interessen oder die Lebensmittelversorgung zu beeinträchtigen, oder irgend etwas zu tun, was das wichtigste Gewerbe des Landes behindern könnte. Es ist auch nicht zu erwarten, daß ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung für militärische Zwecke verfügbar ist. Die Regierung rechnet ausschließlich darauf, daß die große Zahl junger Leute in den Städten, die viel größer ist, als der gewöhnliche Betrieb des Kleinhandels erfordert, das notwendige Kontingent liefert.

Viertens: Wie in England, Schottland und Wales beabsichtigen wir zunächst an die jüngeren Leute und diejenigen, die am ersten entbehrlich werden können, zu appellieren, sich für den Dienst zu melden und für ihr Vaterland zu kämpfen. Die Altersgrenze ist deshalb in diesem Appell auf die Zeit vom 18. bis zum 27. Jahre festgesetzt worden. Damit sollen ältere Leute, die besonders geeignet für den Militärdienst oder von dem Dienste befreit sind, ihrem Lande an der Front zu dienen, nicht ausgeschlossen werden. Wir erkennen an, daß Männer, die sich melden und für ihr Vaterland kämpfen, das Recht haben, an allem, was ihr Vaterland bieten kann, teilzunehmen. Es werden daher Schritte unternommen werden, um, soweit das möglich ist, Land für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die für ihr Land gefochten haben. Die erforderliche geldgeberische Maßnahme wird jetzt erwogen.

Fünftens: Vollständige Einzelheiten über Wohnung, Zulüsse für die Familien, Renten usw. werden unmittelbar veröffentlicht werden. Die Rekrutierung wird von bürgerlichen Stellen durchgeführt, und es werden Maßnahmen getroffen werden, die ein gerechtes Verfahren gegenüber allen verbürgen. (W. Z. B.)

Vom Tage.

Aus dem Reichstage wird uns vom 5. Juni geschrieben:

Die Präsidenten des Reichstages mußten bisher verständig sein, sollten sie den Anforderungen genügen, die mit der Würde ihres Amtes verbunden sind. Und doch sollten auch nicht vernünftige Abgeordnete Präsidenten werden können. Um dies zu ermöglichen, wurde die Erhöhung der Anwesenheitsgelder der Mitglieder des Reichstages benutzt, um auch die Zahlung von Repräsentationsgeldern für dessen Präsidenten einzuführen. Der Vizepräsident Döge sah die Frage durch die Bereitstellung einer Preiswohnung für das Haus der Oberhaupt bereits prinzipiell geklärt. Graf Westarp widersprach gleichwohl. Einmal, weil es sich um ein Ehrenamt handle, dann aber und vornehmlich, weil der Präsident nichts zu repräsentieren habe. Gerade um die politische Bedeutung des Reichstagspräsidenten nach Gebühr hervorzuheben, beantragte aber Singer einst, nicht weniger als 100 000 Mark Repräsentationsgelder für ihn zu beschließen, d. h. genau so viel, wie der Reichskanzler an Gehalt befaß. Der Staatssekretär des Innern stellte die Zustimmung der Regierung für die Schadloshaltung des künftigen Präsidenten in Aussicht. Danach wird die Veränderung des Präsenzgesetzes sofort in drei Lesungen erledigt. Auch die Konservativen stimmten dafür.

Dann ging die Debatte über Belagerungszustand und Zensur weiter. Der Fortschrittler Gothein zählte in über dreißigjähriger Rede zahlreiche Fälle auf, in denen die Zensur ihm selbst oder bürgerlichen Pazifisten das Recht der politischen Meinungsäußerung beschränkte, während er nicht minder zahlreiche Beispiele dafür anföhre, wie Vaterlandsparteiler, Vertreter der Schwerindustrie oder Kavallerie ihrer Feder freien Lauf lassen konnten, besonders, dann, wenn es gegen die Reichstagsmehrheit vom 10. Juli 1917 ging. Als der Redner auf einen Zwischenruf Wildgrubs reagierte, würgte Döge die Verhandlungen mit der Bemerkung: „Sie kommen auch noch dran, meine Herren!“ Müller-Meinungen nahm die Situation weniger humoristisch. „Er wird nicht mehr ernst genommen“, meinte er von seinem Fraktionskollegen. Müller muß es wissen, sollte aber um seiner selbst willen mit solchen Bemerkungen vorsichtiger sein.

Nach Gothein sprachen gleich zwei Vertreter des Militär-Oberbefehlshabers und Kriegsminister, bei dem man sich beklammeln wegen der Besätze der Zensur beschwerten kann. Herr v. Stein selbst war nicht anwesend, wie tags zuvor auch schon nicht. Natürlich finden seine Untergebenen (gerade so wie Herr Balkraf am Dienstag), daß die Sache gar nicht so schlimm stehe, wie die Redner sie darstellte. Manches habe sich gebessert. Zahlen sollen das sogar beweisen.

Der Konservative v. Graefe unterstützte in seiner ebenso hohen wie gepreßten Kammer die Verteidiger der Zensur und die Handhabung des Belagerungszustandes. Dann schloß Herr Paasche dem Hause vor, sich zu vertagen, weil der nächste Redner — es ist unser Freund Herzfeld — in Aussicht gestellt habe, zwei Stunden zu sprechen, die Präsidenten aber auf 6 Uhr zum Reichskanzler entvölen seien. Da die Abstimmung zweifelhaft stellte, wurde ein Sammelgespräch vorgenommen, wobei sich herausstellte, daß das Haus beschlußfähig sei. Und das am Tage der Präsenzhöfung! Und während einer solchen Debatte! Noch mehr als am Dienstag hinterließ sie den Eindruck, daß die Zensurzwanglichen über solche Redenden werden wie der Regierungssozialist Rabaker und seine gleichartigen revisionistischen Angehörigen früher der radikalen Partein Mehrheit gegenüber zu denken pflegte: „Laßt schwächen!“ Die Regierung hat wirklich immer noch die besseren Diener. . . .

Die Kommissionen des Reichstages haben die Beratungen der Steuervorlagen wieder aufgenommen. Der Besteuerung der Mineralwässer wurde nach der Regierungsvorlage

zugestimmt. Gleichfalls angenommen wurde die Zollreduktion auf Kaffee und Tee, die Erhöhung auf Kakao, Schokolade und deren Erzeugnissen dagegen abgelehnt. Bei der Umschaltung wurde ein fortschrittlicher Antrag zum Schutz der Warenhäuser gegen eine Ueberbesteuerung gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen. Vom 1. April 1919 an sollen Steuern auf den Warenumsatz neben der Umsatzsteuer nicht weiter erhoben werden. Die Errichtung eines Reichsfinanzgerichtshofs wurde gutgeheißen. Der Hauptstaatsbuchführer beschäftigte sich am Mittwoch mit den Börsensteuern. Die Vertreter des Kapitals wandten sich lebhaft gegen eine allzu hohe Besteuerung der Zinsen und der Dividenden. Der Abgeordnete Dove verfiel sich dabei zu der Behauptung, daß die Aktiengesellschaften demokratische Einrichtungen seien. Dem widersprach Genosse Bernstein, der ausföhre, daß die Aktionäre Schwarzröcher seien, eine Dividendensteuer sei deshalb grundsätzlich berechtigt. Die Weiterberatung erfolgt am Donnerstag.

Der im Kriegsernährungsamt beschäftigte christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald hat in Dresden einen Aufklärungs-vortrag über das Ernährungsproblem gehalten. Was er über den Stand der Ernährungsfrage mitteilte, war wenig erfreulich, wenn es auch nicht neu ist. Wie er ausföhre, sei es noch ganz unklar, ob es möglich sein werde, die Kartoffelernte von 7 Pfund pro Woche beizubehalten. Stegerwald wies weiter darauf hin, daß es mit der Fleisch- und Fettversorgung in diesem Jahre noch ungünstiger stehe als im Vorjahre. Angesichts dieser wenig tröstlichen Aussichten verwies er auf die Zufuhren, die aus der Ukraine herbeigebracht werden müßten.

Mit der Erweckung solcher Hoffnungen sollte man nun endlich doch etwas vorsichtiger sein. Heute ist es nur zu sehr bekannt, wie wenig die Verhältnisse in der Ukraine die Hoffnungen rechtfertigen, die auf den „Brotfrieden“ gesetzt worden sind. Sollen nennenswerte Lebensmittelmengen aus der Ukraine nach Deutschland transportiert werden können, so muß zunächst die landwirtschaftliche Produktion in der Ukraine wieder in Ordnung gebracht werden. Es wäre für die Hebung der Ernährungsverhältnisse in Deutschland viel weniger umständlich und weit besser, wenn die deutschen Vorkünder sich zunächst um die Regelung der Produktion in Deutschland bemühen würden. Alle Hoffnungen, die nicht auf einem gründlichen Systemwechsel in diesem Sinne in Deutschland aufgebaut sind, sind mehr oder weniger problematisch.

Die Kreuzzeitung geht auf die Artikel der Germania ein, die sich mit der „Friedensoffensive“ der Kreuzzeitung besetzt haben. Das konservative Organ sagt mit dürren Worten, daß seine Offensiv sich nach innen richte:

Freilich müßte die Regierung sich endlich ihre eigene Handlungsfreiheit gegenüber welt überschreiten innerpolitischen Verhältnissen wieder erwerben. Es geht nicht an, daß unsere Kriegspolitik von doktrinären und von den Sozialdemokraten anderer Länder länger über Bord geworfenen Grundfragen abhängig gemacht wird.

Es sei niemals ein Zweifel darüber gewesen, daß sie eine stärkere äußere Politik gemüßigt habe. Jetzt müsse so vorgegangen werden, daß beim Feind kein Zweifel am deutschen Nachwuchsein aufkommen könne. Nach dieser ausdrücklichen Betonung des alldeutschen Standpunkts stellt die Kreuzzeitung ihrerseits die Annäherung der Germania an diesen Standpunkt fest, indem sie den Betrachtungen des Zentrumsorgans über ein englisches Friedensangebot beipflichtet.

Alldeutsche und Zentrum sind sich also darüber einig, daß die militärischen Operationen solange fortgesetzt werden sollen, bis den Gegnern der Friede diktiert werden kann — ob nun auch die Gegner sich vorher zu Verhandlungen bereit zeigen oder nicht. Nach solchen Voraussetzungen kann natürlich von einem Willen zum Verständigungsfrieden beim Zentrum keine Rede mehr sein.

Die deutsch-englischen Verhandlungen über die Gefangenenfrage unter Leitung der niederländischen Regierung im Haag haben begonnen. Das offizielle Wolffsbureau stellt fest, daß auf beiden Seiten offensichtlich das Bestreben besteht, die schwedenden Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, richtet aber zugleich einen Vorwurf gegen die englische Presse, indem es anscheinend offiziös schreibt:

Es kann aber dem Geiste der Verhandlungen nicht zuträglich sein, wenn gleichzeitig nebenher, wie dies in der Northcliffe-Presse in allen Tonarten bis jetzt der Fall war, die geschäftigen der Wahrheit und Gerechtigkeit widersprechenden Angriffe über die Gefangenenbehandlung in Deutschland einhergehen. Es dürfte im Interesse eines guten Verlaufs der Verhandlungen liegen, wenn auf diesem Gebiete auch die gegnerische Presse zum mindesten während der Verhandlungen dieses unwürdige Treiben unterlassen würde.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Das besetzte Gebiet.

Wolffs Bureau teilt offiziös mit: In einer Woche besetzten die Deutschen während der Schlacht zwischen Aisne und Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen, teils fruchtbarsten Bodens mit zahlreichen Dörfern, Dörfern und Weingärten. Ueber 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern, fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgelassen. Der Rest von rund 75 000 Seelen hat seine Wohnstätten verlassen und ist über die Marne gestochen. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und versorgen muß.

Die französischen Tagesberichte.

7. Juni, nachmittags. Zwischen Döge und Aisne machten die Deutschen, durch den gewaltigen Widerstand der französischen Truppen angehalten, keinerlei Fortschritte. Zwischen Aisne und Durcq wurde die Schlacht abends und in der Nacht mit großer Erbitterung fortgesetzt. Von 7 Uhr abends an fanden heftige Angriffe auf den Absteigenden Bernant-Secoim-Missy-aux-Bois und Trochueneck statt. Bernant fiel nach hartnäckiger Verteidigung in die Hände des Feindes. Der Angreifer erlitt hohe Verluste. Weiter südlich gaben die Franzosen westlich Secoin und Missy-aux-Bois etwas Gelände auf. Francoelles wurde von den Deutschen angegriffen, aber ebenso wie Francoelles von den Franzosen behauptet. Der Kampf war in der Gegend südlich des Durcq nicht weniger lebhaft. In den Trümmern von zahlreichen Artillerie unterstüzt, richteten ihre Anstrengungen auf Molles, Neuilly la Voierie, Loucy und Bourcoches ein Gegenangriff gestattete den Franzosen, Molles wieder zu nehmen. Neuilly la Voierie war der Schauplatz heftiger Kämpfe. Das Donnging von Hand zu Hand und blieb schließlich im Besitz der Deutschen. Amerikanische Truppen hielten den Vormarsch deutscher Kräfte ab, die in den Wald von Neuilly einzudringen versuchten, und warfen

Die Deutschen nördlich dieses Waldes in plötzlichem Gegenangriff zurück. Weiter südlich konnten die Deutschen keinerlei Fortschritte machen. In der Marnefront wurde ein feindliches Bataillon, das heimlich auf links übergegangen war, an der Höhe von Jaulgonne von Franzosen und Amerikanern im Gegenangriff auf das andere Ufer zurückgeworfen. Es erlitt schwere Verluste, der Raufflug wurde zerstört, 100 Gefangene blieben in unseren Händen. Auf der übrigen Front keine Veränderung.

4. Juni, abends. Am Verlauf des Tages hat die Tätigkeit des Feindes sichtbar nachgelassen und sich nur auf einige örtliche Unternehmungen beschränkt. Die feindliche Artillerie zeigte sich nördlich der Aisne, zwischen Aisne und Durcq und in der Gegend von Reims tätig. Nördlich von Moulins-lès-Touvent haben unsere Truppen ihre Stellungen verbessert und etwas Boden gewonnen. Den Deutschen ist es gelungen, vorübergehend in den Wald von Metz einzubringen, aber Gegenangriffe haben sie sofort bis an den Saum zurückgeworfen. An der übrigen Front keine Veränderung.

5. Juni, nachmittags. Vertikale Angriffe dauerten gestern abend und während der Nacht an. Am Nordrand des Waldes von Carlepont wurden zwei deutsche Angriffe durch französische Maschinengewehre zum Stehen gebracht. Weitere Angriffe in der Gegend von Audreth und Domeliers sowie bei Corcy scheiterten gleichfalls. Nördlich von Corcy gestaltete eine durch Sturmwagen unterstützte Infanterieunternehmung den Franzosen, ihre Linien zu verbessern. An den Waldbränden südlich des Durcq trieben die Deutschen heftige Angriffe auf Chazy und südlich von diesem Ort vor. Die französischen Truppen brachten alle Anstöße und fügten dem Gegner ernste Verluste zu. Die Artillerietätigkeit dauerte sehr lebhaft nördlich der Aisne und in der Gegend von Reims an.

Amerikanischer Heeresbericht.

4. Juni. In den Kämpfen nordwestlich von Château Thierry verteilten unsere Truppen einen feindlichen Versuch, südlich durch den Wald von Neuilly vorzudringen, und trieben den Feind durch einen Gegenangriff bis nördlich von diesem Walde zurück. In der Marnefront wurde ein deutsches Bataillon, welches den Fluß bei Jaulgonne überquerte, von französischen und amerikanischen Truppen im Gegenangriff auf das rechte Ufer zurückgeworfen gezwungen. Es erlitt schwere Verluste an Toten und Gefangenen. In der Picardie und in der Vofzungen Patrouillentätigkeit. In der Boivre beschossen wir die feindliche Stellung mit Gasgranaten.

Eine Rundgebung des Versailler Kriegsrats.

London, 4. Juni. Reuters meldet amtlich: Der oberste Kriegsrat hielt unter Umständen, die für den Bund der freien Völker sehr ernst sind, seine heutige Sitzung ab. Die deutsche Regierung, von allem Druck an der Ostfront durch den Zusammenbruch der russischen Armeen befreit, hat alle ihre Anstrengungen im Westen konzentriert und sucht jetzt durch eine Reihe verzweifelter und vollständiger Angriffe auf die verbündeten Armeen die Entscheidung in Europa zu erreichen, ehe die Vereinigten Staaten ihre volle Kraft wirksam machen können. Der Vorteil, den die feindliche Heeresleitung in ihrer strategischen Lage besitzt, und ihre überlegenen Eisenbahnverbindungen haben sie in den Stand gesetzt, einige anfängliche Erfolge zu erringen. Sie wird zweifellos ihre Angriffe erneuern. Die verbündeten Nationen haben vielleicht noch kritische Tage zu gewärtigen. Unter Berücksichtigung der gesamten Lage hat der oberste Kriegsrat die Überzeugung gewonnen, daß die Verbündeten die Absicht des Feindes vereiteln und ihn seinerzeit besiegen werden. Der oberste Kriegsrat sei vollstes Vertrauen in sich. Er bildet mit Hochachtung und Bewunderung auf die Tapferkeit der verbündeten Truppen und vertraut auf den Endsieg. Die verbündeten Nationen sind entschlossen, keine einzige der freien Nationen der Welt dem Berliner Despotismus zu opfern. Ihre Armeen legen denselben hartnäckigen Mut an den Tag, den sie in vielen früheren Fällen instand gesetzt hat, den deutschen Angriff niederzuschlagen; sie müssen nur mit Geduld und Vertrauen bis zum Ende ausharren, um den Sieg und die Freiheit zu sichern; die freien Völker und ihre glänzenden Soldaten werden die Zivilisation retten. (W. T. Z.)

Der Bewegungskrieg.

Aus dem Haag wird gemeldet: Der Kriegsberichterstatter der Morningpost an der französischen Front telegraphisch seinem Blatte, daß die Schlacht in eine neue Phase getreten sei. Das vom Feinde am letzten Tage eroberte Gelände sei weniger groß als an den vorhergehenden Tagen, die Schlacht sei aus dem Stellungskriege vollkommen in den Bewegungskrieg übergegangen, was der Verkehr auf den Verbindungsstrassen deutlich erkennen lasse. Die zur Front führenden Wege seien mit Truppen aller Waffengattungen, unter denen sich auch Kavallerie befindet, überliefert, so daß man an die ersten Tage des Krieges erinnert werde. Die Kavallerie werde meistens als berittene Infanterie verwendet und könne die Fußtruppen wirksam unterstützen. Der Korrespondent gibt zu, daß der große Deutserfolg zum Teil auch auf die Überlegenheit der deutschen Luftstreitkräfte zurückzuführen sei, knüpft aber an dieses Zugeständnis die Behauptung, daß es den Anstrengungen der französischen Führung gelungen sei, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Die französischen Flieger kämpften jetzt auf dreier Front, so daß die Wirksamkeit der deutschen Luftangriffe auf lokale Unternehmungen beschränkt bleibe. Zu übrigen seien die französischen Flieger bestrebt, weniger die feindlichen Flugzeuge, als die Truppen anzugreifen. Die Veränderung im Charakter der Schlacht zeige sich auch darin, daß die Gegenangriffe der Alliierten häufiger würden. Verschiedene Ortsschaften seien dreimal von neuem zur Hand genommen. Die deutsche Strategie scheine das Ziel zu verfolgen, gewisse feste Punkte in ihren Besitz zu bringen und scheint auch ihren Widerstand gegen eine etwaige Gegenoffensive der Alliierten zu organisieren. (W. T. Z.)

Der Krieg zur See.

Berlent.

Berlin, 5. Juni. Amtlich. (W. T. Z.) Das von dem bewährten U-Boot-Kommandanten Oberleutnant z. S. Lohse befehligte Boot verminnete im Kanal neuerdings fünf Dampfer und drei französische Fischerfahrzeuge mit über 28 000 MTZ.
Unter den versenkten Dampfern befanden sich der englische Hilfskreuzer Moldavia (9500 Tonnen) sowie ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 Tonnen, die beide aus stark gefährdetem Geleitzug herausgeschossen wurden. Namentlich festzustellen wurden ferner noch der bewaffnete englische Tiefseebomber Dampfer Nor Fantar (5570 Tonnen) und die französischen Hilfskreuzer Petit Georges, Souvenir de St. Marie und Joseph Simon.
Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 5. Juni. Palästinafront: Ausgehendes Artilleriefeuer auf dem östlichen Jordanufer. Vorgehobene feindliche Kanonierpatrouillen wurden hier vertrieben und beim Gegner erkannte Bewegungen von unserer Artillerie wirksam beschossen. Rebellenslager westlich von Dschuraf wurden von unsern Fliegern auf geringer Höhe erfolgreich angegriffen.
Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Deutschland.

Das Schicksal der preussischen Wahlrechtsvorlage.
Berlin, 5. Juni. Der Kabinettsausschuss des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die 4. Lesung des Verfassungsgesetzes für Dienstag, den 11. Juni, vorzuschlagen. Sollte die 4. Lesung Kündigungen gegenüber der 3. Lesung ergeben und damit eine 5. Lesung

notwendig werden, so ist für diese der 3. Juli, oder, falls die 4. Lesung sich auf den 12. Juni erstrecken sollte, der 4. Juli in Aussicht genommen. (W. T. Z.)

Niedererschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf ausgegangen, der folgenden einzigen Artikel enthält:
In Sachen, in denen dem Kaiser das Begnadigungsrecht zusteht, können Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege wegen Handlungen, die vor oder während der Einberufung zu den Truppen und vor der Beendigung des Krieges begangen worden sind, im Wege der Gnade niedergeschlagen werden. Der Zeitpunkt, in welchem der Krieg im Sinne dieses Gesetzes als beendet anzusehen ist, wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.
Dieser Gesetzentwurf soll einen schon für das Landheer bestehenden Zustand auch auf die Marine ausdehnen. Jetzt können in sämtlichen Bundesstaaten Strafuntersuchungen gegen Kriegsteilnehmer in bestimmtem Umfang durch „landesherzlichen Gnadenakt“ niedergeschlagen werden. Den unter der Militärstrafgerichtsbarkeit der Marine stehenden Kriegsteilnehmern ist eine gleiche Vergünstigung bisher nicht zuteil geworden, da es an einer zweifellosen Rechtsgrundlage fehlt, die eine Niedererschlagung schwebender Untersuchungen in Marinestrafsachen gestattet. Der Entwurf schlägt vor, die Niedererschlagung zugunsten der Kriegsteilnehmer auch in den Sachen zuzulassen, in denen dem Kaiser, wenn es zur Beurteilung kommt, das Begnadigungsrecht zusteht.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der deutsch-schwedische Friedensvertrag und das Handels- und Schiffsabkommen wurden vom finnischen Landtag ohne Abstimmung in dritter Lesung angenommen. (W. T. Z.)

Desafiistenheute. Das Pariser Kriegsgericht verurteilte Kapport, der angeklagt war, desafiistische Neuerungen getan zu haben, zu sechs Monaten Gefängnis und 200 Franc Geldstrafe unter Anwendung des Gesetzes betr. Strafausschub. (W. T. Z.)

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 6. Juni. Amitt. (W. T. Z.)

Westlicher Kriegshauptlag.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artillerietätigkeit wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgesichte Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Schiffsfront ist die Lage unverändert. Vertikale Kampfhandlungen westlich von Pontoise, nördlich der Aisne und am Sauteres-Grunde brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chaateau Thiercy lag unter anhaltendem Zerstörungsfeuer der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen:
mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den beiden letzten Tagen wurden 48 feindliche Flugzeuge und 4 Jettellballone zum Abbruch gebracht. Jagdgeschwader Richthofen schloß gestern 15 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold und Leutnant Menckhoff errangen ihren 31., Leutnant Wörmhardt seinen 27., Leutnant Ubel seinen 28., Leutnant Kirstein seinen 21. und 22. Luflist.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Reichstag.

107. Sitzung, Mittwoch, 5. Juni, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Payer, Wallraf.

Zur Beratung gelangt der Entwurf betreffend die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge.

Abg. Dowe (Sp.) tritt für eine Aufwandsentschädigung an den Präsidenten ein.

Graf Bethov (Kons.) wendet sich gegen diesen Vorschlag. Dem Präsidenten stehen besondere Repräsentationspflichten nicht zu. (Lachen links.)

Staatssekretär Wallraf sagt Beachtung des Wunsches zu. Das Gesetz wird sofort in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen.

Die Debatte über Zensur und Belagerungszustand

wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (Sp.): Die Pressezensur wird zu engherzig und scharf gehandhabt, besonders auch von Seiten der Zensurinstanzen der Admiralgasse. Mit dem dauernden Hinweis auf die Wirkung im Ausland kann man schließlich alles verbieten. Eine einseitige politische Handhabung der Zensur kann nicht abgelehnt werden. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an. Selbst Verfassungsdokumente eines Kapitäns zur See, der hoch sicher den Feinden kein Material liefern wird, wurden von der Zensur verboten. Im Gegensatz zu dieser Strenge wird nach einer andern Seite hin eine liebevolle Duldsamkeit bewiesen. Der Redner bringt Beispiele aus der Deutschen Tageszeitung und andern wahrheitsfeindlichen Zeitungen, die nicht nur beispiellose Beschimpfungen weiter Volkskreise, sondern auch persönliche Beleidigungen der Staatsmänner enthalten, die die Sortlage eingebracht haben. — Noch heute haben wir den verhärteten Kriegszustand in Festungen wie Königsberg, die vom Feinde nicht mehr im geringsten bedroht sind. In allen diesen Städten herrschen die Kriegengerichte mit ihrer summarischen Justiz und der absoluten Präventivzensur. Es ist nicht zutiefst gesagt, daß die Zensur nur ein Mittel darstellt, die Freiheit des Volkes gegen die Schmähdungen einer Minderheit wehrlos zu machen! Die

Zustände im Verein und Versammlungsrecht sind geradezu unerträglich geworden. Hätte man zu Anfang des Krieges gewußt, daß wir vier Jahre lang unter dem Belagerungszustand leben müssen, wären Regierung und Reichstag zweifellos für Abänderung des Belagerungszustandsgesetzes gemeldet. Inzwischen ist aber die Gewöhnung an das Schreckliche eingetreten. Ganz besonders schroff ist die Bekämpfung der Pazifisten. (Redner führt auch hier viele Einzelheiten an.) Ich habe so ausführlich über diese ganzen Dinge gesprochen, weil selnerzeit der Kriegsminister weitgehend meinte, die paar Fälle bewiesen nichts, und weil der Staatssekretär gestern auch wieder gesagt hat, die Handhabung der Zensur sei inzwischen viel besser geworden. Das deutsche Volk kann diese Behauptung nicht weiter dulden. Die Bestellung der Aufsicht durch den Militäröberbefehlshaber hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Er hat gar nicht die Zeit, sich diesen Dingen zu widmen, sondern muß ihre Erledigung untergeordneten Instanzen überlassen. Das verbittert aber das Verhältnis zwischen Reichstag und Kriegsminister. Es handelt sich hier um die höchwichtige Frage, daß eine Einheitlichkeit in der Politik bestehen muß. Daher müssen wir verlangen, daß die Oberaufsicht einer andern Stelle übergeben wird. Der Reichstag hat beschlossen, sie dem Reichskanzler zu übergeben. Es läßt sich darüber reden, ob das das Zweckmäßigste ist. Hält der Bundesrat diesen Weg nicht für richtig, so hat er die Pflicht, einen andern gangbaren Weg zu zeigen. (Lobhastiger Beifall links.)

General v. Triesberg: Aus den Ausführungen der Vorredner möchte man den Eindruck gewinnen, als wenn von den militärischen Stellen jeder Versammlungstätigkeit entgegengerichtet wird. Davon ist aber keine Rede. In den Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen insgesamt 3011 Versammlungen stattgefunden, verboten wurden 90. Die Vaterlandspartei hat 849 Ver-

sammlungen einberufen, verboten wurden 14, die Gewerkschaften 2740 Versammlungen, verboten wurden 19. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich werde diese interessante Statistik weiterführen lassen. Ungerechtigkeiten kommen selbstverständlich vor, aber das Bestreben geht dahin, sie zu beseitigen. Bei der Beurteilung der Einzelfälle muß man auch die andre Seite hören, sonst kommt man zu einseitigen Schlüssen. Ueber manche Einzelfälle kann ich keine Auskunft geben, weil mir das Material fehlt; über viele Fälle ist schon im Ausschuss gesprochen worden. Was den von dem Abg. Bauer vorgebrachten Fall der Auslastung des deutschen Feldpostamt 727 anlangt, so ist ein allgemeines Verbot seitens der Heeresverwaltung oder einer Heeresstelle in bezug auf die Nichtausbündigung von Zeitungen nicht ergangen. Wenn also ein Einzelfall gegenüber dem Vorwärts vorgekommen ist, so kann das nur auf einer fehlerhaften Vorschrift einer Unterstelle beruhen, oder es können die Verhältnisse plötzlich einen solchen Befehl veranlassen haben. — Herr Echeidemann hat im Ausschuss wegen des Verbots des Vorwärts in Rumänien angefragt. Ich habe inzwischen festgestellt, daß von einem solchen Verbot nicht die Rede ist. (Abg. Ebert: Es handelt sich um eine besondere Zensur, die dort ausgesetzt wird!) Dann hat der Abg. Bauer einen Entschluß kritisiert, in dem es heißt: Die Versammlungen, in denen Heere sprechen sollen, soll man verbieten. Gewiß, das ist der Standpunkt der Heeresverwaltung. Ihre Aufgabe ist es ja, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wie kann sie da notorische Heere sprechen lassen. (Lachen v. d. Soz.) Man sagt, der Begriff Heere sei sehr weitgehend. (Sehr wahr! v. d. Soz. Abg. Bauer: Obenburg-Janspaul!) Wie weit der Begriff von dem betreffenden Generalkommando gefaßt wird, beweist die Tatsache, daß nicht eine Versammlung mit dieser Begründung verboten worden ist. Die Versammlung, in der über den Würzburger Parteitag berichtet werden sollte, ist nicht, wie Herr Bauer anführt, verboten worden, weil politische Dinge dabei zur Sprache kommen könnten, sondern weil öffentliche politische Versammlungen, die in dem Bezirk verboten sind, auch solchen Mitgliedsversammlungen gleichgestellt werden, die wegen der unberechenbaren Zahl der Teilnehmer den Eindruck von öffentlichen Versammlungen machen. (Lachen v. d. Soz. Zuruf: Damit kann man alles verbieten!) Was das vielangelegte stellvertretende Generalkommando des 8. Armee Korps anlangt, so sind durch die neuesten Bestimmungen die Klagen abgestellt. Die Genehmigung zu Versammlungen wird jetzt so zeitig erteilt, daß sie vorbereitet werden können. Anträge, die bedenkenfrei sind, werden sofort genehmigt und den Antragstellern davon Mitteilung gemacht. Die andern Anträge werden dem zuständigen Landrat oder Postboten zur Stellungnahme überwiesen, die umgehend Berichte einzuwenden haben. Das stellvertretende Generalkommando ist auch jeden Augenblick telephonisch erreichbar und wird, wenn bei einem Streit ein Arbeiter sekretär die Bitte ausspricht, zur Vermeidung der Arbeiter eine Versammlung einzuberufen zu können, dies nach Prüfung der Sache nicht verbieten. Im übrigen verweise ich darauf, daß der Obermilitärbefehlshaber mit der neuesten Bestimmung vom 20. Mai 1918 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß keine unnötigen Erschwerungen der Versammlungstätigkeit erfolgen dürfen. Dazu gehören auch die Forderung langfristiger Anmeldeung vor Abhaltung einer Versammlung. Was die Person des Herrn Schölich anlangt, so habe ich mich persönlich für ihn sehr warm eingesetzt. Das Generalkommando hat aber die Verwendung des Herrn Schölich in der bisherigen Tätigkeit abgelehnt, und zwar weil Herr Schölich doch in seinen Ausführungen manchmal solche Äußerungen gemacht hat, die man nicht gebildet werden können. (Lachen v. d. Soz.) Wenn solche Kraftausdrücke noch gebildet werden, so können Sie es keinem stellvertretenden Generalkommando verbieten, wenn es das nicht duldet. Uebrigens sind die Verhandlungen noch nicht abgebrochen, und es ist noch möglich, Herrn Schölich anders zu verwerten. (Zuruf v. d. Soz.: Was für Kraftausdrücke!) Zum Beispiel: Die ganzen Versammlungen sollte man den Organen des Bundesrats um die Ohren schlagen! (Große Heiterkeit v. d. Soz.) Sie lassen, aber eben! Ich lasse das Volk, und das soll das stellvertretende Generalkommando dulden! (Erneute Heiterkeit v. d. Soz.) Auf die Beschwerden über das Vorgehen gegen den Pazifismus u. s. kann ich Herrn Gothein heute nicht antworten, weil ich das Material zum Teil nicht kenne. Und teilweise habe ich schon im Ausschuss darauf geantwortet. Der Standpunkt der Heeresverwaltung hinsichtlich der Verwaltungstätigkeit ist in der Verfügung vom 17. Januar 1917 vom Kriegsministerium niedergelegt. Da heißt es: „Der Zweck aller Beschränkungen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ergibt sich aus dem Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit aller Art durch verheerende Agitation die zuverlässige friedestreuende Stimmung beeinträchtigt und getrübt wird. Auch darf nicht gebildet werden, daß Versammlungen Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben. Alle über dieses Maß hinausgehenden Beschränkungen sind schädlich.“ Der Erlaß vom 25. September 1917 sagt: „Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenden Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften gewährleistet werden.“ (Abg. Bauer: Was nützen die schönen Redensarten, wenn nicht danach gehandelt wird!) Die Heeresverwaltung ist bereit, bei normaler Lage alles zu tun, um der Versammlungstätigkeit den weitestgehenden Spielraum zu lassen. (Erneuter Zuruf v. d. Soz.: Redensarten!)

Chief des Pressecomits im Kriegsministerium von den Vergehungen auf die von den Abg. Bauer, Rechenberg und Gothein vorgebrachten Einzelbeschwerden.

Abg. Graf (Kons.): Das Interesse des deutschen Volkes an den Redefreiheiten des Reichstages ist nur ein geringes. (Lachen und Widerspruch links.) Die Feldgrauen werden auf das Lachen und Spotteln der Herren von links die Antwort nicht schuldig bleiben. (Lachen links und Zwischenrufe.) Mit der Zensur ist es zweifellos besser geworden. Die größere Freiheit beanspruchen Sie (nach links) nur für sich, an Geschäftsleuten ist die Presse der linken ganz und gar nicht arm. Im übrigen wollen auch wir Pressefreiheit haben, weil wir an der Erhaltung des künstlichen Burgfriedens schon lange nicht mehr interessiert sind. Der Antrag, der den Reichskanzler zum Zensur machen will, ist widerwärtig, das militärische Interesse kann nur von den Militärs richtig vertreten werden. (Beifall rechts.)

Ueber einen Versammlungsantrag wird durch Sammelersprung abgestimmt. Es ergibt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses.
Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. (Wahl des Präsidenten, Fortsetzung der Debatte.)

Die Leipziger Volkszeitung wieder unter Vorgesensur.

Durch eine Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos des 10. Armee Korps ist die Leipziger Volkszeitung wiederum unter Vorgesensur gestellt worden. Die Veranlassung dazu gab der Abdruck des Artikels: Das Kampfbüchlein des Weltkrieges von Heinrich Ströbel in der Nummer vom 21. Mai d. J., in dem von der Berliner Zensur einige Stellen gestrichen waren, der aber von der Leipziger Volkszeitung durch ein technisches Versehen in der unveränderten Niederschrift des Verfassers wiedergegeben worden war. Trotzdem die Redaktion der Leipziger Volkszeitung darlegte, daß es sich nicht um einen beabsichtigten Verstoß gegen die Zensurvorschriften handle, erklärte das stellvertretende Generalkommando das Versehen als einen Verstoß des Vertrauensverhältnisses zwischen Zensur und Presse und verhängte über die Leipziger Volkszeitung bis auf weiteres die Vorgesensur.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Dr. Curt Geyer in Leipzig
Verantwortlich für den Inseratenteil:
H. v. Schumann in Leipzig
Druck und Verlag: Leipziger Buchverlagsgesellschaft
Diese Nummer umfaßt 6 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Juni.

Geschichtskalender. 6. Juni 1486: Der Mathematiker Regiomontanus (eigenlich Johannes Müller) in Lüttich bei Königsberg in Franken geboren († 1476). 1606: Der französische Dramatiker Pierre Corneille in Rouen geboren († 1684). 1790: Der russische Dichter Alexander Sergejewitsch Puschkine in Moskau geboren († 1837).

Sonnenaufgang: 4,42, Sonnenuntergang: 9,15. Mondaufgang: 2,44 vorm., Monduntergang: 6,40 nachm.

Das werktätige Volk, die Frauen und die Aufgaben unserer Zeit.

Nächste Woche finden für den 12. Kreis

55 Mitglieder-Versammlungen

statt, in denen die Genossin M. Wurm aus Berlin zu dem oben genannten Thema sprechen wird. Die Vorträge werden abgehalten: für Leipzig-Ost am Dienstag, 11. Juni, in den Reichshallen; für E.-Gohlis am Mittwoch, 12. Juni, im Adau-Kusschank; für E.-Südlich am Donnerstag, 13. Juni, im Zwenpark; für E.-Plagwitz-Lindenaue am Freitag, 14. Juni, in den Drei Linden; für E.-Pöhlitz am Sonnabend, 15. Juni, im Gasthof zum Stern.

Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuchs. Da auch Gäste eingeführt werden können, so besteht die Möglichkeit, Freunde oder Bekannte mit in die Versammlungen zu bringen. Die Frauen sind ganz besonders zu diesen Vorträgen eingeladen. Es ist Pflicht der Genossen, schon jetzt für einen guten Besuchsbesuch zu agieren.

Neuefischung der Brotration.

M. J. Infolge der vom Kriegs Ernährungsamt angeordneten Kürzung der Tagesmehlmenge um 40 Gramm macht sich auch in Sachsen vom 16. Juni d. J. an eine Herabsetzung der Brot ration notwendig. Durch Heranziehung aller im Lande noch vorhandenen Borräte wird es möglich sein, die Brotmenge weniger stark zu verkürzen, als es der verminderten Mehlmenge entspricht. Selbstverständlich hat auch künftig das Brot keinerlei Zusatz von Rübennmehl, sondern besteht aus gutem Getreidemehl mit dem bereits bisher eingeführten Kartoffelmehlzusatz. Es werden in ganz Sachsen vom 16. Juni an 3/5 Pfund Brot wöchentlich verteilt werden. Die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter bleiben in der bisherigen Höhe weiterbestehen. Als Ersatz für den Ausfall an Brot werden, abgesehen von der bereits angekündigten Erhöhung der Zuckerration um 2 Pfund, die in der fraglichen Zeit zu verteilenden Nährmittel, insbesondere Suppen und Teigwaren, eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren.

Leider wird in der vorliegenden Meldung nicht gesagt, wie groß die nicht unbedeutliche Erhöhung sein wird. Das Kriegs Ernährungsamt schreibt uns noch: In der Hinsicht vom Kgl. Ministerium des Innern über die sächsische Brotverteilung ausgehenden Nachricht, bitten wir ergänzend zu bemerken, daß auch in Leipzig die bisherige Brotmenge nur um 1/4 Pfund auf 3 1/2 Pfund gekürzt werden wird, sowie daß in der Brot- und Mehlverteilung der Kinder bis zu 6 Jahren keine Minderung eintritt.

Die Erdbeerpreise in Leipzig.

Der Kleinhandelshöchsterpreis für Erdbeeren beträgt vom 3. Juni an 1,45 Mk. für das Pfund. Dafür waren aber am Tage des Inkrafttretens dieser Höchstpreise keine Erdbeeren in Leipzig zu haben. In den Ladengeschäften waren die billigsten Erdbeeren mit 1 Mk.

für ein Viertelpfund ausgezeichnet, in manchen Geschäften war der Preis noch höher. Wie es zu solcher Ueberhöhung der Höchstpreise kommt, dazu lassen sich die Leipziger Kaufleute Nachrichten folgendes schreiben: Der Großmarkt hat am Dienstag Erdbeeren an Großhändler mit 1,90 Mk. für das Pfund abgegeben. Zu dieser Höchstpreisüberhöhung kommt noch folgendes: Die Erdbeeren sind in kleinen Körbchen zu je 5 und 6 Pfund verpackt. Diese Körbchen werden nicht zurückgenommen, sie müssen dem Großmarkt mit 55 Pf. besonders bezahlt werden. Infolgedessen muß auch der Kleinhändler diese Verluste mit in die Preise hineinkalkulieren und so ist es nicht verwunderlich, wenn für Erdbeeren der von ihnen angegebene Kleinverkaufspreis von 2,50 und 3 Mk. für das Pfund zustande kommt! Solange der Großmarkt die Höchstpreise überschreitet, wird man das auch im Kleinhandel erleben.

Uns wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß am Mittwoch auf dem städtischen Großmarkt Erdbeeren zum Preise von 1,40 Mk. an die Großhändler verkauft wurden. Der Großhändler soll für 1,44 Mk. an die Kleinhändler verkaufen. Der Kleinhändler kann sich natürlich nicht mit einem Aufschlag von einem Pfennig für ein Pfund begnügen, so daß er den Höchstpreis von 1,45 Mk. nicht einhalten kann, zumal er den Korb außerdem noch mit 55 Pf. bezahlen muß.

Die Erdbeererzeugung durch den städtischen Großmarkt erscheint überhaupt in eigentümlichen Verhältnissen, wenn man folgendes berücksichtigt. Ein sehr großer Erdbeererzeuger, ein Herr Schmidt aus Rochwitz, pflegte seit vielen Jahren seine Erdbeeren nach Leipzig zu bringen. Er lieferte sie vor dem Kriege direkt an Händler. Jetzt werden diese Erdbeeren an den Großmarkt geliefert. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Großmarkt an Schmidt mehr als den vorgeschriebenen Erzeugerpreis von 1 Mk. zahlt. Der Großmarkt verkauft nun wieder an die Großhändler und diese an die Kleinhändler, so daß dieselben Erdbeeren, die früher vom Erzeuger direkt an die Kleinhändler verkauft wurden, jetzt erst über den Großmarkt und durch die Großhändler an die Kleinhändler gelangen. Dadurch wird natürlich der Preis in die Höhe getrieben, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die Höchstpreise überschritten werden.

Lebensmittelliste für Freitag, den 7. Juni 1918.

Für Haushaltungen.

- Anmeldung: Butter: Abzugeben Landbesitzkarte S und Sondermarken für 11.-17. Juni. Ausgabe: Graupen: Beginn — bestellt mit 26 E und K (150 Gramm) und Fleischmarkenflecken N 1-4 (100 Gramm). Hafemehrmittel und Zucker für Kinder bis zu 3 Monaten: Letzter Tag — bestellt mit H 3 und Z 3 der Lebensmittelliste S 1. Hafemehrmittel, Grieß, Mehl, Zucker für Kinder über 3 Monate bis zu 2 Jahren: Letzter Tag — bestellt mit N 3, M 3 und Z 3 der Lebensmittelliste S 2/3. Gemüsekonserven: Beginn — bestellt mit 11 E und K der Lebensmittelliste Reihe O 1. Grieß für Schwangere usw.: Letzter Tag — bestellt mit S N 5-6 der Sonderlebensmittelliste für Schwangere.

Für Händler.

- Milch: Milchartenablieferung durch die Milchhändler. Nr. 1001 bis 1250. Fleisch: Markenablieferung durch den Fleischer. Vollmilchmarken und Marken sowie die Bestellkarten dürfen nach der Marktbesperrung über die Regelung des Milchverbrauchs weder übertragen, noch darf darauf entnommene Milch an andere Haushaltungen abgegeben werden.

Ein dicker Strom Butter.

Die Jenaer Zeitung (Amtsblatt) berichtet: „In Leipzig kam dieser Tage ein Eisenbahnwagen mit Butter an, der eine große Ueberraschung bot. Durch die weite Reise und die Hitze waren die Fässer, in denen sich die Butter befunden hatte, undicht geworden und hatten ihren kostbaren Inhalt in den Güterwagen ergossen. Als man den Wagen öffnete, entquoll demselben ein dicker Strom Butter. Eine ziemlich hohe Schicht stand als breiige Masse noch im Wagen; die Fässer waren leer. Man traf sofort Hustalten, um von

der Ware noch zu retten, was zu retten war. Die Leute, die später den Wagen zu reinigen hatten, führten diese Arbeit mit großer Liebe und Sorgfalt aus.“

Wegen der Hitze werden keine Fenster undicht, denn so heiß war es jetzt noch nicht. Auf alle Fälle müßte Vorkehrung dafür getroffen werden, daß solche wichtige Lebensmittel nicht avariirt werden.

Zwangseinquartierung?

Die Wohnungsnot beginnt den Behörden auf den Näseln zu brennen. Sie wissen, daß es zu schweren Katastrophen kommt, wenn die heimkehrenden Krieger kein Obdach finden können. Jetzt ist es nicht leicht, die genügende Anzahl Wohnungen herzustellen. Hätte man schon lange vor dem Kriege die sozialdemokratischen Anträge verwirklicht und Wohnungen erbaut, so würde der Wohnungsmangel jetzt nicht so groß sein. Früher wurde aber der Wohnungsbau durch die Gemeinden mit Hilfe des Staates über das Reich „als ein Schritt in den Zukunftsaufbau“ bezeichnet und abgelehnt, weil die Geldinteressen der Hausbesitzer und Bodenspekulanten nicht geschädigt werden sollten. Wie überall, so war auch hier die Profitwirtschaft maßgebend, obwohl das Wohngeld der Volksgesundheit schwere Wunden schlug. Anzwischen sind fast überall die Zustände weit schlimmer geworden, und sie werden unerträglich, wenn die Kriegsteilnehmer heimkommen. Es sind mancherlei Maßnahmen angeknüpft worden, doch sie können das schwere Uebel nicht beseitigen. Man scheint deshalb den Plan zu erwägen, vorübergehend eine Wohnungsrationalisierung vorzunehmen. So meldet eine Korrespondenz:

Sollten die Maßnahmen, die zur Schaffung von Kleinwohnungen für Kinderbewohnte in die Wege geleitet sind, bis zum Kriegsende nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, so würde wohl zu einer Zwangseinquartierung gezwungen werden müssen, um zahllose Familien zunächst einmal unter Dach zu bringen. Daß die Unterbringung ganzer Familien im Wege der Einquartierung möglich ist, hat die Unterbringung der ostpreussischen Flüchtlinge in Berlin und Potsdam gezeigt. Sind nach dem Kriege noch nicht die erforderlichen Wohnungen zur Aufnahme der aus dem Felde heimkehrenden Krieger vorhanden, so ist es von den Dacheingebenen nicht zu viel verlangt, wenn sie ihre weniger benötigten Wohnräume den heimkehrenden Vaterlandsverteidigern zur Verfügung stellen. Diese brauchen dann bei ihrer Heimkehr nicht zu fürchten, daß sie mit Frau und Kindern obdachlos auf der Straße liegen. Wenn auf den Kopf der Bevölkerung ein Mann gerechnet würde, so können in vielen Gegenden im Reich ausreichende Wohnmöglichkeiten geschaffen werden.

Virtuelle Blätter lassen sich als eine Art „Fälscher“ irgend-einer amtlichen Stelle auf. Ihnen ist nicht ganz wohl anzusehen. Sie beschränken die Wohlhabenden in ihrer Befriedigung gestört werden, wenn sie einen Teil ihrer Wohnungen der Obdachlosen einräumen sollen. Da die übrigen Wohnräume längst überfüllt sind, kann es sich nur darum handeln, die Paläste, Villen und großen Wohnungen der Besitzenden für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen. Wir glauben aber nicht, daß man sich dazu entschließen wird, Wir sehen das bei der Kleiderabgabe. Mag der einzelne 20-30 Knäuge in seinen Schränken hängen haben, es genügt vorläufig, wenn er einen abkriegt. Sollte der Plan bestehen, die jetzt schon stark gefüllten Wohnungen der Arbeiterkassen oder des kleinen Mittelstandes durch Zwangseinquartierung noch mehr zu belegen, so muß dagegen entschieden protestiert werden. Der Wohnungsbau durch Gemeinden, Staat und Reich ist das einzige Mittel, diese große Not zu lindern.

Der Pomologenverein über den Obstschaden. Der Deutsche Pomologenverein (Pomologie = Lehre von den Baumfrüchten) hat auf Grund der bis zum 15. Mai eingelaufenen Berichte von Sachverständigen aus den deutschen Obstbaugebieten eine Uebersicht über den Fruchtanfall und die Obstverluste für 1918 zusammengeestellt. Nachdem die einzelnen Obstsorten aufgeführt sind, heißt es zum Schluß in der Statistik wörtlich: Die kalten Apriltage und Nachfröste haben in Brandenburg, Westfalen, und ganz besonders aber in der Rheinprovinz, dann auch in Baden, Bayern und Sachsen an allen Obstsorten, hauptsächlich an Sauerkirschen und Pfäumen, großen Schaden angerichtet. Auch der Schaden durch Schädlinge und Krankheiten, deren Bekämpfung im Kriege sehr gehemmt ist, wird als beträchtlich bezeichnet.

Feuilleton.

Altes Theater (Matharber Weise). — Die größte Gefahr für jede Aufführung des Nathan liegt darin, daß die Schauspieler das Stück mehr als Lehrgedicht auffassen denn als Drama. Als sei das Stück eine Predigt, die belehrt und ermahnt, nicht ein Märchen-spiel mit lebendigen Menschen. Und etwas wie eine Mahnung ist es ja allerdings. Einer lebte in einem kleinen Nest, in dem er niemand hatte, dem er, der Redegewandte, Disputierfertige, sich ganz anvertrauen konnte, und die Möglichkeit war ihm genommen oder wenigstens beschränkt, als Forscher und Polemiker sich auszugeben. Da suchte er in anderer Form an die Gleichgesinnten heranzukommen, sie aufzufinden, die doch überall in Zustand vorhanden waren, wenn auch keine feste Organisation sie verband, wenn sie auch nur ab und zu ihre Stimme hören ließen. Die dramatische Werkstoff entstand an die Gemeinde derer, die, ob Christ, ob Jude, ob Muselman, sich doch stets und zu allererst als Menschen fühlten — diese Werkstoff, die wir heutzutage unwillkürlich etwas unbenutzt, ihres theologischen Beigeschmacks entkleiden und als Ruf nach Frieden und Verständnis zwischen den Nationen auffassen. Aber ist der Nathan ein Lehrgedicht, das das Denken der Hörer und Leser beeinflussen will, so will er doch ein Wissen verbreiten, das zur Tat drängt, predigt Einheit von Wissen und Willen, und deshalb sind die Träger der Handlung höchst aktive Personen wie der Autor selber, der sie schuf und in Bewegung setzte. Freilich aktive Menschen, die ihre Leidenschaft und Triebe am Hügel haben oder bald am Hügel der Vernunft führen lernen, Menschen, die wissen, was gut ist, und aus diesem Wissen heraus gut handeln, nicht Menschen, die in blindem Drange sich des rechten Wegs bewußt bleiben. Aber bei aller betonten Geistigkeit doch eben aktive Menschen. Das wird nur zu leicht übersehen, und namentlich wird der weise Nathan selbst gern wie ein älterer jüdischer Herr gegeben, der jeden Augenblick zu einer klugen Ausrufung bereit ist und in übrigen sich gemächlich durchs Leben schlingelt, mit großem Talent zur Beobachtung, Erziehung, Zerkleinerung, ein komplottierter Herr von geringer Aktivität. Auch Ernst Ludwig Schön von hannoverschen Residenztheater, der gestern auf Aufstellung spielte, hielt den Nathan in diesen Grenzen. Er hatte sich den, man kann schon sagen, üblichen würdigen, näselnden, jüdischen Herrn zurechtgelegt, der stets das Wort bereit hat und es in gemächlichem Tempo von sich gibt und der stets das feilliche Gleichgewicht wahr oder rasch wieder findet. Dieser Jude wurde nie von seinem eignen Denken fortgerissen, vermag sich selbst nicht in der Erzählung von den drei Ringen, wo doch wohl der Nathan dem weisen und gerechten Richter sein eignes Fühlen leihen darf. Kurz, Herr Schön spielte den Nathan (in den ersten drei Akten, die ich sah), als wäre das Drama nicht ein aktivistisches Stück, sondern ein kontemplatives.

Auch Lina Birstel-Monnard, die Martha Krebs vertrat, legte sich die Gestalt der Reda etwas bequem zurecht. Die Reda hat ihre große Szene beim ersten Zusammentreffen mit dem Tempelherrn, und diese Szene ist voll höchsten Reizes. Eben ist das junge Mädchen noch voller Schwärmerlei für ihr Ideal gewesen, wenn sie auch schon der Daja widerstrebt, nun, wo der Tempelherr kommt, heigert sich noch einmal ihr Gefühl, aber so gleich im Anschauen der Wirklichkeit wecket sich der Schall, der den Ueberstrom dämpft, und während

der schroffe Tempelherr ins Glühen kommt, sinkt in Reda die Siedehitze auf den Wärmegrad fast schauernd, fast überhörend. Herzlichkeit, der etwas vom Gefühl der Ueberlegenheit beigemischt ist. Frau Birstel-Monnard weicht diese Gefühlübergänge nicht zu gestalten oder verdeckt sie unter gleichleider, temperierter Herzlichkeit — aber hat sie vielleicht gar nicht in dem alten Lehrgedicht entdeckt, dessen Gestalten die Durchschnittsschauspieler als Sprechmaschinen anzusehen gewöhnt sind, nicht als lebenskräftige Menschen.

Konzerte. Der Bach-Verein führte gestern nach längerer Pause Bachs Messe in D-Dur auf, die, ebenfalls auch ein Hauptstück des Meßbuches, nun immer tiefer in seinen geistigen Besitz übergeht. Bach hat hier alle seine Messen vorgänger in den Schatten gestellt durch seine kunstreformatorische Tat, die einzelnen Teile, insbesondere Gloria und Credo, zu monumentalen Säulen von bis dahin ungelannter musikalischer Großartigkeit, Vergeistigung des Gehalts und symbolischer Gestaltung wichtiger Momente der alten Messendichtung zu erweitern und so ganz aus dem Rahmen praktischer Kirchenmusik, die im Gottesdienst Verwendung findet, hinauszuführen in das Gebiet der freien Kunstschöpfung. Den mehr sinnig-gedanklichen Kriem und Duetten der Solisten hat er in den ausgedehnten Chören Stille von scharfer Plastik der musikalischen Sprache gegenübergestellt, mit Themen, die wie aus Erz geschnitten dastehen, die in ihrer Deutlichkeit nur selten ernsthaft Konkurrenten gefunden haben. Man kann nun zwar mit den naturalistischen Mitteln einer intelligenten Sängerschaft, die aus mehr songesprohen als sangsberechtigten Kräften zusammengesetzt ist und nur von Fall zu Fall für ihre bestimmten Aufstellungen studiert, gewiß gelegentlich auch manchen Effekt erreichen, aber sicherlich nicht bei diesem Werke zu einem auch nur halbwegs befriedigenden Ergebnis gelangen, weil hier edler Gesang, stivoll gebundener Vortrag gefordert wird, der den höchsten Effekt, den stärkster verinnerlichter Wirkung erreichen soll. Der Bach-Verein ist zu solchen wichtigen Aufgaben berufen, hat er sich doch in langen Jahren eifriger Studiens mit dem Chorstil Bachs eng vertraut gemacht. Mehr noch als sonst wurde gestern die Forderung gefunden, ungelinkelten, ausdrucksvollen Singens erfüllt. Aus allem spürte man wohl Professor Karl Straubes künstlerisch gehaltene Hand, doch möchte ich diesmal in seinem bedeutendsten Punkte seine Auffassung als irgenwiewe unbedingte, etwa als zu modern, hinstellen. Das Werk erfuhr eine seinem Geist würdige Aufführung. Schon der Introitus Kyrie eleison war außerordentlich in seinem glanzvoll dynamisch gesteigerten Aufbau. Das kleine Thema der folgenden Ala-Brave-Fuge war vorzüglich phrasiert und belebt, gegen den Schluß hin überhörend die Sopranen durch den selten so tonrein zu hörenden höchsten Einsatz agis-sis-bis-eis, der meist eine gefährliche Klippe für die Sänger bedeutet. Prächtig in seinem Freudenüberschwang war das Binae des D-Dur-Glorias, dessen lange Figurationen trotz des schnellen Tempos in allen Stimmen klar herausstachen. Die schmetternden Trombae leiteten hier auch das heute noch Menschennützliche. Erreichend in seinem wunderbar vertieften Stimmungsausdruck war der Lentosatz des qui tollis peccata mundi, kontraste trächtigen Optimums brachten die Credo-sätze, das Crucifixus war in Behmut

und Trauer getaucht, das Resurrexit von feuriger Glaubensbegeisterung inspiriert, eine Pracht von Wohlklang und gebundenem Gesang entsalzte das feststimmige Sanctus. Bis zum Schluß (die Messe wurde ohne jede Kürzung aufgeführt) hielten alle Stimmen frisch und lebendig aus. Neben dem Chor händen treffliche Solisten. Margarete Schunhlers heller und klarer Sopran eine sich mit Gortz M. Walters geschmeidigen, weichen Tenor zu einem Duo von zartstem Schmuck. Professor Fischer's voller, warmtönender Bass und Martha Adams' glockenartig hellklarer Alt erfreuten Ohr und Herz. In Hinsicht der stilistischen Reinheit, des Geschmacks und des gefangenen Könnens standen alle vier Solisten auf einer sehr adäquaten Stufe. An der Orgel sah der bewährte Max Felt, und unser Städtisches und Gewandhausorchester, vortan die Vertreter der obligaten Violen, Oboen, Trompete, Violine, erfüllte seine Aufgabe außerordentlich lobenswert.

Martha Schulz-Birch gab am Montag im August-Schmidt-Saal in diesem Konzertjahr zum sechstenmal Proben der Artik-genöthlicher Kompositionen. Sie hatte diesmal nur wenige wirklich neue Stücke auf dem Programm, das im wesentlichen aus den dankbarsten Liedern der vorangegangenen Abende zusammengesetzt war. Wie mein Gewährsmann berichtet, fand die Sängerin, die Otto Tilmann wieder besetzte, vielen Beifall für ihre Leistungen, die ihren künstlerischen Streben immer aufs neue das beste Zeugnis ausweisen. Was Maria Schulz-Birch in ihren sechs Abenden der Kunst der Zeitgenossen geboten hat, ist der Anerkennung aller ersten Musikfreunde sicher, wenn kostlich das Ganze in seinem schöpferischen Kunstwert auch ziemlich gering war. Es liegt zum Teil an unserer technisch so wohlgerüsteten Zeit, daß die heutige Liedkomposition über dem vielgestaltigen harmonischen Experimentieren die natürliche Hauptfrage vergißt: dem Dichter zu geben und zu lassen, was des Dichters ist! So vieler Verirrung sich die Sängerin mit der bewundernswertesten Singschuld annahm, selten genug konnte einer ihrer Autoren ganz und rein überzeugen. Den ersten und den freistenden Eindruck hinterließen von allen diesen Proben die schönsten Gedichte des jungen Friedrich Martin, der auch auf dem Schlußprogramm mit einigen hübschen Stücken vertreten war.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Maurer und Schloffer. Sonnabend, 7 Uhr: Rana Lisa. Sonntag, 6 Uhr: Lohengrin. Montag, 7 Uhr: Der Freischütz. — Altes Theater. Freitag, 8 Uhr: König. Sonnabend, 6 Uhr: König Lear (Kassirerakt VIII). Sonntag, 3 Uhr: Veranstaltung des Kriegsmuseums (Reinhold). 1/2 8 Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin. Montag, 1/2 8 Uhr: Vereinsvorstellung (Alt-Geibelberg). — Neues Operettentheater. Geflossen (Verlen).

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Die Königin der Luft. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Die Königin der Luft (Einheitspreise). 1/2 8 Uhr: Die Königin der Luft. Montag, Dienstag, 1/2 8 Uhr: Die Königin der Luft.

Vatzenbergtheater. Donnerstag, 8 1/2 Uhr: Das Spiel mit dem Tode. Apythall-Palasttheater. Abends 8 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Konzerte und Vorträge. Sonnabend, 1/2 8 Uhr, im Palmengarten: Erles Sommerkonzert, veranstaltet vom Sängerkorps Leipzig-Elberberg-Stötterly und Männerchor Leipzig-West (Dirigent: Paul Michael).

Niedererführung der nächsten Strafmaßnahme. In Anbetracht der vielen nachlässigen Dichtfehler hatten verschiedene Stadterverordnete bei der Einberufung verlangt, die Strafen nachts wieder zu beleuchten. Der Rat hat dem Ersuchen stattgegeben. Seit dem 1. Juni brennen die Nachlaternen wieder. Diese „Keruerung“ hat vorläufig bis zum 1. Oktober Gültigkeit.

Verabschließung des Butterpreises. Der Preis für 30 Gramm Butter ist von 30 auf 28 Pf. herabgesetzt worden. Die Preisänderung gilt erstmalig für die bis Sonnenabend, den 8. Juni, mit der Landesfettmarkte S anzumelnde Butter.

Unzuverlässige Zuckerkäufler! Auf Grund der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 sind die folgenden Zuckerkäufler vom Zuckerhandel wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen worden: Frieda Martha Sachse, Leipzig-Reudnitz, Margaretenstraße 8; Karl Svoboda, Lindenau, Lützenstraße 105; Karl Emil Dehm, Leipzig, Bayerische Straße 116; Elsa Rittelmann, L.-Döblich, Bernische Straße 182; Minna Frisch, L.-Kleinshöfchen, Wiegandstraße 22; Paul Roigt, L.-Connewitz, Ecksteinstraße 45; Erwin Vohren, L.-Gutritsch, Delitzscher Straße 80 b; Friedrich Julius Maaß, Leipzig, Scharnhorststraße 11; Julie Meißner, L.-Connewitz, Eichenbergstr. 37; Mathilde Schaarshmidt, Leipzig, Gartenbergstraße 44; Eduard Albert Roigt, L.-Schönefeld, Leipziger Straße 126; Gustav Seidel, L.-Lindenau, Fochersche Straße 1; Marie Schmidt, L.-Lindenau, Wielandstraße 9; Richard Luckow, Leipzig, Gartenbergstraße 12.

Die Sammlungen zur sogenannten Zubehörspende finden in Leipzig am 15. und 16. Juni statt. Die Geschäftsstelle des höchsten Ortsauschusses befindet sich im Schaumant der Kriegsnotspende, Universitätsstraße 26, 1. Etage (Fernsprecher 10201). Aus den Erträgen dieser Sammlungen will man bedürftige sächsische Kriegsbeschädigte in solchen Fällen unterstützen, die von dem „notwendigen Schematismus der Rentenzahlung nicht erfasst werden können“.

Fiskus Sarraloni in Leipzig. Direktor Sarraloni, der Eigentümer des weitbekannten Dresdner Fiskus-Theaters, beabsichtigt, im kommenden Sommer eine Spielzeit in Leipzig durchzuführen. Im Besitz eines sehr reichhaltigen Tiermaterials und eines großen Werbebudgets wird er reiche zirkassische Künste zur Darstellung bringen. Außerdem aber beruht die Stärke des Unternehmens nunmehr auf der Darstellung von Mareggenschauküden größten Stils, denen eine prächtige Ausstattung und eine Reihe von neuen, packenden Manegeeffekten zugute kommt. Direktor Sarraloni hat für längere Zeit die Albertstraße mit Beschlag belegt.

Nachtgähliche Einlösung von Zweimarkstücken. Die Zweimarkstücke sind bekanntlich außer Kurs gesetzt. Jetzt hat der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers in Vertretung des Reichsschatzkanzlers bestimmt, daß solche Stücke noch bis zum 1. Juli 1919 bei der Reichshauptkasse in Berlin eingelöst werden können, wenn glaubhaft gemacht wird, daß sie aus den deutschen Schutzgebieten oder aus dem Ausland noch dem 1. Juli 1918 eingegangen sind.

Die Mitglieder des Ortsvereins Eutritsch werden ersucht, die aus der Vereinsbibliothek entnommenen Bücher bis zum 8. Juni zurückzugeben. Die Bibliothek bleibt wegen notwendiger Reparaturen an den Büchern acht Wochen geschlossen.

Die Butterverteilung betrifft eine Bekanntmachung, die in der heutigen Ausgabe abgedruckt ist.

Freiknochen- und Knochenbrühwurstverkauf auf dem Schlachthof. Freitag, den 7. Juni, von 8 bis 10 Uhr: Nr. 98501 bis 98500; von 10 bis 12 Uhr: Verkauf nur an Umlauber. Restendes Kleingeld und zwei Fleischmarken N sind mitzubringen.

Freibank I. Seite: Nr. 8501 bis 8870; Freibank II: Nr. 5571 bis 5800.

Hoffmann (Wächterstraße). Morgen: Nr. 151 bis 350.

Polizei Nachrichten.

Gegen die raffinierte Schwindlerin und Diebin, über die an dieser Stelle schon berichtet worden ist, sind in neuerer Zeit einige Anzeigen eingegangen, durch die schon eine große Anzahl, zum Teil minderbemittelte Leute, u. a. eine Kriegserwitte aus L.-Connewitz um 50 Mk. auf die weiter unten geschilderte Weise betrogen und bestohlen worden. Eine unbekanntes Frauenzimmer, etwa 25 bis 30 Jahre alt, verschafft sich Zutritt zu den Wohnungen von Leuten, die tagsüber auf Arbeit gehen, also solchen Leuten, die fast alle in bescheidenen Verhältnissen leben, und stiehlt hier vornehmlich Brodkarten, aber auch Geld, Kleider und Lebensmittel. Mitunter hat sie beträchtliche Werte erlangt. Sie spricht kinder, die sich auf der Straße oder vor dem Hause aufhalten, an, oft solche, die den Wohnungsschlüssel sichtbar an einem Bande bei sich tragen, fragt, ob die Mutter zu Hause sei und erreicht unter Anführung verschiedener Gründe, z. B.: sie solle im Auftrage der Mutter ein Arbeitsbuch oder Krankenbuch holen, oder in einem Falle einen grünen Sattel usw., so daß sie von den Kindern nichts Böses ahnend, in die Wohnung eingelassen wird. Hier durchsucht dieses gefährliche Frauenzimmer angeblich nach den bezeichneten Gegenständen die ganze Wohnung und verschwindet dann, wenn sie genug zusammengehohlet hat. In manchen Fällen läßt sie den Kindern Bekleidungen holen und bleibt in der Wohnung allein zurück, vor jeder Ueberraschung sicher, denn die Kinder hatten ihr ja vorher genau gesagt, wann die Mutter von der Arbeit zurückkehre. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, dieses Weib, das seit etwa zwei Monaten, und zwar bis jetzt vorwiegend im Ost- und Südwestteil, ihr Unwesen treibt, festzunehmen. Eine genaue Beschreibung der Person kann leider nicht gegeben werden, weil sie ihre Kleidung zu wechseln scheint und im übrigen ihre Beschreibung ungenau ist.

Mit einem Tschin erschossen. Ein in der Weißestraße zu L. Stützerich beschäftigter Schlosserlehrling hat am 4. Juni nachmittags in der 6. Stunde in dem Kontor seines Arbeitgebers ein Tschin vorgefunden. Ohne daß er Kenntnis hatte, daß es geladen und gespannt war, legte er auf den an einem Schraubstock stehenden 11jährigen Schulfuß an und brüllte ab. Tötlich getroffen, brach der Knabe sofort zusammen.

Mus der Reichshauptstadt.

Die Vollmischkarten kommen in den nächsten Tagen in den zur Feststelle Groß-Berlin (Wisch) gehörenden Gemeinden zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmischkarten haben die Zulassungen bis zum 16. Juni einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Den Kindern, die nach dem 1. Juli 1917 geboren sind, ist ein Vorzugsrecht bezarrt eingeräumt, daß bis zum 13. Juni d. J. einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldefrist haben sich die übrigen Wischberechtigten in der Zeit vom 14. bis zum 16. Juni anzumelden. Die Feststelle wird voraussichtlich in der Lage sein, an sämtliche Kinder Groß-Berlins, welche in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1912 geboren sind, wöchentlich 1 Liter Mager- oder Buttermisch kartchen zu beliefern. In Berlin sind die Magermischkarten in der Zeit vom 7. Juni bis spätestens 11. Juni 1918 von den Brotkommissionen abzuholen.

Eilzüge mit 4. Klasse. Nach Friedensschluß sollen Eilzüge eingerichtet werden, welche die 4. Klasse mitführen. Solche besonderen Eilzüge sind schon jetzt von der Eisenbahndirektion Stettin vorgesehen. Es werden die zuletzt als Schnellzüge gefahrenen Züge 29 und 30 Berlin-Pasewalk-Stralsund, ab Berlin-Stettiner Bahnhof 1 Uhr 53 mittags und ab Stralsund um 11 Uhr 47 vormittags (beide nur Werktagen) als Personenzüge behandelt und mit 2.—4. Klasse ausgerüstet. Daneben gibt es noch eilzugartige Züge mit 4. Klasse auf der Ostbahn, der Linie Berlin-Hamburg und der Strecke Berlin-Hamm.

Nachtfröste und Frühgemüse. Der Kältefall, den die Junitage brachten, hat viel Schaden angerichtet, da stellenweise starke Nachtfröste eingetreten sind. Es sind in den Gärten durch Frost besonders eine Menge Frühgemüse, wie Tomaten, Erbsen, Bohnen, Kürbisse usw., stark beschädigt, teilweise sogar vollständig vernichtet. Von der Oberspreewitz sind Mitteilungen eingelaufen, nach denen dort ganze Feldebau von Gemüsen vollständig erfroren sind.

Ein Schleichhändler geprellt. Am Bahnhof Friedrichstraße fiel einem Schuhmann ein Mann auf, der einen Sack auf der Schulter trug. An der Weidenbamerbrücke hielt ein zweiter Mann mit einem Handwagen. Auf diesen lud der erste seine Last über. Er erhielt dann von dem anderen einen Briefumschlag, empfahl sich und ging seiner Wege. Jetzt hielt der Schuhmann den Mann mit dem Handwagen an und brachte ihn nach der Wache. Es war ein Faß im Sack. Es sollte Butter enthalten, die der Schleichhändler für über 1000 Mk. gekauft hatte. Das Faß wurde geöffnet, aber zur Ueberraschung nicht nur der Polizei, sondern auch des Eigentümers enthielt es nicht Butter, sondern nur ein Gemenge von Gips, Scherben, Erde und dergleichen mehr. Der Schleichhändler, bei dem man sonst noch Mehl und dergleichen mehr in der Wohnung fand, war mit dieser Ware gründlich betrogen worden.

Raubüberfall verhindert. Sieben Personen, vier Männer und drei Frauen, hatten sich zusammengesetzt, um einen Händler in ein eigens zu dem Zwecke gemietetes Zimmer zu laden; ihr dort zu knebeln und zu berauben. Eine Polizeigentante, die von dem Plane erfahren hatte, vermietete ihnen zum Schein ein Zimmer ihrer eigenen Wohnung, und als die Verbrecher dort ihre Vorbereitungen zu dem Raube vollendet hatten, ließ sie sie festnehmen. Der Anführer der Gesellschaft besaß eine echte polizeiliche Erkennungsmarke und hat sich schon wiederholt bei Raubüberfällen als Polizeibeamter ausgegeben.

Einbruch. Für 100 000 Mk. Seidenwaren und Stoffe wurden in der Nacht aus dem Konfektionsgeschäft von S. Klein in der Jerusalemstraße 44/45 gestohlen. Die Diebe kamen durch den Keller, bohrt an einer nicht gemauerten Stelle die Decke an und fanden auf diese Art und Weise Eingang in die Geschäftsräume. — Für 50 000 Mk. Stoffe und Untertassen sind der Firma E. u. J. Kiepmann, Köpenerstraße 110a, durch Einbruch aus ihrem Geschäftslokal gestohlen worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Mieter und Hausbesitzer.

Der Allgemeine Hausbesitzerverein zu Dresden schreibt dem Dresdner Anzeiger: „Der Allgemeine Mieterwohnerverein zu Dresden behauptet in einer Anzeige in der Sonntagsnummer, daß ihm täglich Klagen und Beschwerden über ungerechtfertigte Mietminderungen und Kündigungen zugehen, und bittet darum die Wohnungsmieter, mehr auch die angeblich täglich zur Kenntnis dieses Vereins gebrachten Miet-

minderungen und Kündigungen sind aber nur nach der Meinung des Mieters ungerechtfertigt. Ob sie auch der genannte Verein bei Kenntnis der Verhältnisse für ungerechtfertigt hält, muß dahingestellt bleiben, da die Anzeige es nicht klar erkennen läßt. Vor dem allein machenden hiesigen Mietminderungskomitee haben sich keine Klagen über solche Fälle durchwegs gerechtfertigt erwiesen, und wo eine Herabsetzung der Miete vorgenommen wurde, geschah es nur aus sozialer Rücksicht, nicht aber, weil die Mieterung an sich ungerechtfertigt gewesen wäre.“

Es scheint demnach, daß die Hausbesitzer mit der bisherigen Tätigkeit des städtischen Mietminderungskomitees sehr zufrieden sein können. Daher erklärt sich wohl auch, daß es für sie „allein machend“ ist.

Verna. Der niedrige Wasserstand der Elbe ist, wie der Pirnaer Anzeiger schreibt, besonders kritisch für die Schifffahrt. Die Elbfähren können nur noch zu einem Drittel beladen werden und kommen nur langsam vorwärts. Verschiedene Schariken haben schon festgestellt. So lief der Personendampfer Königin Carola der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft am Sonntagabend bei Salsfel auf Grund und trug ein ziemlich starkes Leck davon.

Schnitz. Hier sind seit Montag die niederen Klassen der evangelischen Stadtchule geschlossen worden wegen der vielen Martern- und Scharlachkranken unter den Schülern.

Mittweida. Hier wurde eine Kriegserwitte und ihre Liebhaber, ein Soldat, verhaftet, weil sie verdächtig sind, ihr neugeborenes Kind verbrannt zu haben.

Bewerkschaftsbesprechung.

Um das Ergebnis der Sammlung für die Zubehörspende „möglichst ertragreich zu gestalten“, haben nach dem Tag der Arbeiterausflüsse der Siemens u. Halske N. G. und der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. beschlossen, Sammelkisten unter der Arbeiterschaft in Umlauf zu setzen, auf denen jeder Arbeiter einen Betrag in der Weise zeichnen kann, daß das Vorkursbüro diesen bestimmten Betrag 10 Wochen hindurch aus dem Arbeitsverdienst in Abzug bringt und der Zubehörspende zuführt. Der Tag meint, die Beteiligung der Arbeiterschaft würde infolge dieser „erleichterten Zeichnungsform“ außerordentlich stark werden.

Ob auch dazu die Vorstände der freien Gewerkschaften ihren Segen erteilen werden?

Berichtsaal.

Schöffengericht.

Die verbotene Knochenmühle. Durch Verordnung des kaiserlich-trojanischen Generalkommandos vom 24. August 1917 ist der Verkauf von Schrotmühlen und von zum Schrot von Korn geeigneten Maschinen von der vorherigen Einholung der Genehmigung abhängig gemacht, um Uebertretungen der Kriegsmassnahmen bezüglich der Brotverforgung zu verhindern. Der Kaufmann Max Dittich hier, hatte nun eine „Knochenmühle“ in den Handel gebracht, weshalb er wegen Verstoßes gegen die angeordnete Verordnung vor dem Schöffengericht unter Anklage gestellt. Die Verteidigung bestritt, daß die Knochenmühle eine zum Getreideschrot geeignete Maschine sei, das hindurchgeriebene Korn bleibe zu großen Hälften unverändert, da sie jede Kaffeemühle zum Schrot und Zermahlen von Getreidekörnern viel besser geeignet, besonders die großen Kaffeemühlen, die an die Wand festgehraubt werden; sie würden ja auch „mit dem bekannten Kugelmischer zwischen Verkäufer und Kunden“ verkauft, denn jeder wisse ganz genau, daß heutzutage kein Mensch einen solchen Kasten zum Mahlen von Kaffebohnen braucht. Das Schöffengericht stellte mit der Knochenmühle des Angeklagten im Verhandlungssaal ein Probemahlen an und kam auf Grund des Mahlergebnisses zu der Ansicht, daß tatsächlich eine Uebertretung der Verordnung gegeben sei, demzufolge lautete das Urteil gegen den Angeklagten Dittich auf eine Geldstrafe von 300 Mk., die Knochenmühle wurde für beschlagnahmt erklärt.

Briefkasten der Redaktion.

E. C. 100. Wiederholen Sie die Anfrage noch einmal.
Nobelswag 32. Von den Zuschlaggefreiz sind die Beitragspflichtigen: a) deren steuerpflichtiges Einkommen 2200 Mk. nicht übersteigt; b) von deren steuerpflichtigen Einkommen ein Abzug auf Grund der Kinderparagrafen bewirkt worden ist; c) denen eine Steuerermäßigung auf Grund verminderter Steuerfähigkeit gewährt worden ist; d) die bei einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 5500 Mk. drei oder mehr nicht besonders zur Einkommensteuer verpflichteten Kindern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt genießen.
A. 1. Ihre Söhne werden ausgetauscht.
Möbment im Felde. hängt lediglich vom Grad der Verwandtschaft ab. Ob der Erbe sich im Felde oder zu Hause befindet, ist ganz gleichgültig. Da Sie nicht angeben, in welchem Verhältnis Sie zum Erblasser stehen, kann Ihre Frage nicht genau beantwortet werden.
Armierungssolbat Zoteien. Darüber gibt es keine feststehenden Bestimmungen. Die Entscheidung liegt in den Händen der Truppenführer.
Z. T. 172. Ihr Schwiegerjohn wird ausgetauscht. Ein Gesuch ist zwecklos.
Z. A. 25. Die Kontoristin verlor die 10 000 Mk. am 20. November 1917. Die Firma wurde damals öffentlich nicht genannt.

Butterverteilung.

I. Verbrauchstag.

Es werden zugeteilt:
1. auf die Marke S der Landesfettkarte 25 50 Gramm Butter zu 38 Pf.,
2. auf die vom 11. bis 17. Juni geltenden Sonderbuttermarken für Kranke die aufgedruckte Menge Butter zum entsprechenden Preise,
3. auf die vom 11. bis 17. Juni geltenden Buttermarken für Militärmlauber und Besuchsfrernde je 30 Gramm Butter zu 22 Pf.

II. Verteilungsordnung.

Verbraucher: Abgabe der Marken unter I. 1. und 2. beim Butterkleinhändler bis Sonnenabend, den 8. Juni.
Kleinhändler: Bezugsartenentnahme in der Bezugscheinliste nach der bekannten Ordnung und Bezugsartenabgabe beim Großhändler Montag, den 10. Juni.
Großhändler: Bezugsartenentnahme in der Bezugscheinliste nach der bekannten Ordnung Dienstag, den 11. Juni.
Zweiter Abholungstag für Verbraucher Montag, den 17. Juni.

Auf die Buttermarken für Militärmlauber und Besuchsfrernde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Aufdruck „Besuch“ ist die darauf zugeteilte Menge Butter ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärmlauber und Besuchsfrernde zu entnehmen.

III.

Im übrigen findet die Bekanntmachung über die Butterausgabe vom 20. Februar 1918 Anwendung.
Leipzig, am 6. Juni 1918. Kr.-E.-A. III.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Kriegsmarxismus

Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August.
Beleuchtet von Karl Kautsky.

Preis 1,50 Mark.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung
Tauhaer, Str. 19/21. Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Verkäufe

la. Vanillin-Zucker

Podet 12 Pfg. (nur Kleinverkauf) empfiehlt

L. O. Kaspar Nachfolger

Plagw., Bismarckstraße 20.

Schlafzimmer — Rücken vert. billig
Wendel, Josephstraße 23.

Sofa, Chaisel, Bettst. m. Matz.
Grosche, Thomasturmstr. 5, I.

Gehr. Soja, gutes Polster, preisw.
Dresdner, Str. 23, Er. B. L. I.

Do. mah. Tisch für 18 Mk. z. vert.
Körnerli, 40. p. l. Körner, vorm. I. Köhler, Bettst. m. Matz. u. versch.

verl. Bl., Reuterstraße 81, I. M.

Korb-Kinderräder zu vert.
Reußsch, Grenzstraße 4, II. r.

Gehr. Liegeklappwagen z. vert.
Wahren, Köhlerstraße 46, I. I.

Soja, Sportwagen, 144 Mk. Tisch, Stühle, Krawle, Rankf. St. 16.

Waschgefäße wies. auf Lager.
Dresdner, Str. 23.

Neue Schwab. 2-10 Str. Traugr.
Haber, r. v. Dörrienstr. 14, III.

Amberg. Emaille-Kochgesch.

beste gestanzte Waren

Gießkannen, Reibeisen, Siebe

Friedrich Nachf., Nordstr. 25

Wegen Wagn. vert. e. solide

Alte, Höhe 120, Breite 80,

Länge 145 cm, u. c. Polsterf.

Rost, Scharnhorststr. 89, III. I.

Kaufgesuche

Leihhausschelle

Grammophone — Möbel

Fahrräder, auch defekte

kauft Scheffler

Reußsch, Dauplistraße 71.

Papierspäne

Zeitungs- u. Buchpapier

20/27

Erkurt. Büch., Zeitung. unt.

Bar. z. Einstampfen, Altpapier

und Lumpen kauf und halt ab

Horm. Torgau, Albersstr. 16.

Guterh. Leiterwagen zu kaufen

gekauft. H. Dering, Leipzig-

Dölitz, Reinerstraße 4.

Makulatur-Einkauf

on gross! on detail!

Für Zeit. zahle ich 20 p. Pfg.

Alten, Skulpturen, alle Papp-

penabfälle, Moskopap., Rum-

pen, Knochen, alt. Eisen und

Metalle kaufe ich jed. Polzen,

auch ladungweise, gegen

sof. Kasse. Händler Extra-

Preise. Komme auswärts.

Poste auch ab. Tel. 60378.

Fassler

Bogislawstr. 16, Döllitzsch, St. 41

Alle Off. nach Bogislawstr. 16.

Das große Los



derk. Sächs. Landeslotterie

Ziehung 10. 12. 13. Juni

8000000
5000000
3000000
2000000
1500000
1000000

3/10 1/3 1/2 1/1

M. H. 10. M. 25. M. 50

Verzend auch ins Feld

Marlin Kaufmann

K. Sächs. Staatslot. Einn.

Leipzig

Windmühlensstr. 43.

Inferate

Sie die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis spätestens 6 Uhr vorm. am Erscheinungstage.